

80 Jahre
Nazim Hikmet

Türkei – Neue Hinrichtungen, Folter und Terror

Ausländerhetze –
„nur“ von den
Neonazis geschürt?



Als Arbeiterin, Hausfrau und Türkin

**TÜRKEI
INFORMATIONEN
2**

März/April '82

HERAUSGEGEBEN VON DER FÖDERATION DER ARBEITERVEREINE DER TÜRKEI · FIDEF

DISK

Freiheit für 52 DISK-Funktionäre! Freiheit für alle verhafteten Demokraten! Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!

Vorläufige Bilanz der 18monatigen Junta-Herrschaft:
**Über 500 Menschen „auf der Flucht“ erschossen,
70 Menschen zu Tode gefoltert
13 vollstreckte Hinrichtungen
3.500 Anträge auf Todesstrafe
über 100.000 politische Gefangene
68.000 steckbrieflich Gesuchte**

Die Militärdiktatur in der Türkei verschärft ihren Terror gegen die demokratischen Kräfte und die arbeitende Bevölkerung des Landes, während sie der europäischen Öffentlichkeit eine schrittweise Rückkehr zur Demokratie verspricht.

Zuletzt ließ sie mehrere Persönlichkeiten, führende Mitglieder der Friedensbewegung, verhaften, unter ihnen der Präsident der Anwaltskammer von Istanbul.

Eine effektive Solidaritätsbewegung der demokratischen Öffentlichkeit im Ausland kann dazu beitragen, weitere Terrorakte und Verbrechen zu verhindern.

- Setzen wir uns in unseren Gewerkschaften, sozialen und politischen Organisationen für eine umfassende Informationsarbeit über die Zustände im NATO-Land Türkei ein!
- Protestieren wir in aller Schärfe gegen die Mißachtung der elementaren Menschenrechte und gegen die Vernichtung von aufrechten Demokraten!

Solidaritätsschreiben an:
Istanbul Barosu (Anwaltskammer)
Piremeçi Sol., Baro Han
Tünel, Istanbul - Türkei

Protestschreiben an:
Türkische Botschaft
Utestraße 47
5300 Bonn-Bad Godesberg

Für eine Durchschrift Ihres Schreibens an „Türkei-Informationen“, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1, wären wir dankbar.

März/April '82

Impressum

Türkei-Informationen – Herausgegeben vom Bundesvorstand der FIDEF (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik) – Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: C. Demirok, Redaktionsanschrift: Türkei-Informationen, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: (0211) 664284. Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

Türkei-Informationen erscheinen monatlich. Ein Jahresabonnement kostet 36 DM inkl. Porto. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 18. 3. 1982.

in diesem heft

Leserbriefe	4
Standpunkt	
Militärdiktatur: Steigende Aggressivität	5
Türkei	
Haftbefehle gegen demokratische Persönlichkeiten	6
Orhan Apaydin verhaftet	7
Weltweit Proteste	10
Solidarität mit DISK	12
Militärhilfe für die Türkei erhöht	13
Weitere Maulkorberlasse in der Türkei	14
Weinberger in Ankara:	
Militärischer Gemeinschaftsrat	15
TIP, TKP, TSIP: Gemeinsame Erklärung	16
Nazim Hikmet zum 80. Geburtstag	17
„Die Heuchelei hängt mir zum Halse heraus“	21
Newroz: Nationalfeiertag der Kurden	22
Kurz berichtet	
KSZE-Konferenz in Madrid	23
FIDEF zu Gast bei WGB	23
Griechen, Armenier und Demokraten: Feinde der Türkei?	24
Ecevit erneut vor dem Richter	24
Die Zeitschrift „ARAYIS“ verboten	24
Bundesrepublik	
Ausländerpolitik: Freiwillige Rückkehr?	25
Heidelberger Manifest:	
Von Professoren, Politikern und Neonazis	27
Agca-Komplicen in Hamburg und Zürich festgenommen	28
Eine Arbeiterin aus der Türkei berichtet	29
Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher	
Bildungssituation ausländischer Kinder weiter verschlechtert	31
GEW-Bundesfachtagung: Pädagogische Konzepte in Frage gestellt	33
Kultur	
Künstler für den Frieden – Führende Mitglieder des Friedenskomitees der Türkei verhaftet	34
Kulturveranstaltungen	35

Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Betrifft: Ihr Artikel im Heft Nr. 5 Okt./Nov. 81:

„Armenische Terroristen – türkische Opfer: Wer gegen wen?“

Endlich wird auch von türkischer Seite über den Völkermord an den Armeniern aufgeklärt. Ein solcher Beitrag wurde von den Armeniern lange Zeit vermißt. Ich selbst bin Deutsche und habe mich in letzter Zeit intensiv mit dem Armenierproblem auseinandergesetzt. Zu ihrem Artikel möchte ich folgendes ergänzen bzw. richtigstellen: Aus dem Artikel geht nicht klar hervor, daß die „Umsiedlung“ nur ein Vorwand der Jungtürken war, um die Durchführung des von Anfang an geplanten Völkermordes nicht zu gefährden. Den Transporten der Armenier in die Wüste Deir ez Zor wurden deshalb auch keine Lebensmittel mitgegeben, abgesehen von wenigen privaten Hilfsorganisationen, die das Leiden der Armenier jedoch nur verlängerten.

Die Armenier und auch die Armenische Befreiungsorganisation unterscheiden sehr wohl zwischen Regierungen, die für den Völkermord bzw. für die auch heute noch andauernde Unterdrückung der Armenier verantwortlich sind, und dem türkischen Volk. Die Anschläge richten sich ausschließlich gegen die diktatorische Regierung und ihre Vertreter. Man muß auch bei der Zuordnung dieser Anschläge vorsichtig sein, da die Faschisten daran interessiert sind, den Armeniern auch Attentate gegen das türkische Volk in die Schuhe zu schieben (Der Papst-Attentäter gab sich auch als Armenier aus), um die Bevölkerung der Türkei und Europas gegen Armenier aufzuhetzen. Viele Armenier befürwor-

ten diese Terroranschläge. Sie können es nicht ertragen, daß die Faschisten mit dem Völkermord – ungestraft und selten offiziell verurteilt – Erfolg hatten und daß diese Verbrechen von vielen als eine „alte Sache“ angesehen wird, die man ad acta legen kann. Dagegen leiden sie immer noch an den Folgen ihrer Verfolgung. Sie leben überall auf der Welt verstreut, oft als Fremde geduldet und sich fremd fühlend und abhängig von der Regierung des Gastlandes. Der Fortbestand ihrer Kultur wird durch die Assimilation bedroht. Viele Armenier können nicht mehr armenisch sprechen und schreiben. Dies zu sehen schmerzt sie, und aus diesem Schmerz heraus werden die Attentate begangen.

Viele Armenier, mit denen ich gesprochen habe, haben versucht, mit Türken zu reden, aber sie sind meistens enttäuscht worden. Der Völkermord wurde im allgemeinen gleugnet oder sie wurden sogar tätlich angegriffen. Ihr Mißtrauen, daß ihre Kraft für den Sturz diktatorischer Regime benutzt wird, um anschließend verraten zu werden, ist auf Grund ihrer geschichtlichen Erfahrung (Sturz des Sultans Abdul Hamid II., 1909), groß.

Ich hoffe, daß mein Brief etwas zur Verständigung zwischen Armeniern und Türken beitragen kann.

Es ist traurig, daß oft dann erst über Probleme von Minderheiten in der Presse berichtet wird, wenn es zu Gewalttaten gekommen ist. Wenige Wochen später herrscht wieder das große Schweigen.

H. Fuchs
4300 Essen

Viele türkische Hochschulabsolventen, die in der Bundesrepublik Deutschland ein Aufbaustudium aufnehmen wollen, beklagen sich ständig darüber, daß ihre Hochschulzeugnisse nicht gleichwertig anerkannt werden. Ihre Zeugnisse werden hier entweder als Vordiplom anerkannt, oder sie müssen mit dem Studium neu anfangen.

Da die Hochschulabsolventen aus der Türkei mit fehlenden Informationen über die deutschen Hochschulen reisen, werden sie hier sehr enttäuscht, wenn ihre Zeugnisse abwertend bewertet werden.

Die zuständigen Behörden in der Türkei geben keine Informationen an die türkischen Studenten, da sie selbst ungenügend informiert sind.

Die einzige Einrichtung zur Anerkennung der ausländischen Zeugnisse in der Bundesrepublik Deutschland ist das Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen, Nasse Straße 8, 5300 Bonn).

Diese Stelle beurteilt die türkischen Zeugnisse. Jedoch ist für uns nicht klar, nach welchen Kriterien die türkischen Zeugnisse bewertet werden.

Durch die Abwertung und Aberkennung der türkischen Hochschulzeugnisse wird den türkischen Hochschulabsolventen der Zugang zu einem Aufbaustudium an einer deutschen Universität blockiert.

Şadi Üçüncü
4400 Münster

TÜRKEI Informationen

erscheinen jetzt monatlich
und berichten regelmäßig

über die demokratische
Bewegung in der Türkei

über die Lage der ausländischen
Arbeiter in der Bundesrepublik

über die Bildungssituation
ausländischer Kinder und
Jugendlicher

über die Aktivitäten der
"Grauen Wölfe" und anderer
türkischer Rechtsextremisten
in der Bundesrepublik.

Ich abonniere "Türkei-Informationen" für mindestens ein Jahr ab...../...../.....

Einzelpreis (ca. 32 Seiten) 3.— DM zuzüglich Porto;
Abonnement (12 Hefte) 36.— DM incl. Porto.

Name/Institution/Firma:

Straße/Platz und Haus-Nr.

PLZ-Ort

Datum-Unterschrift

Bitte ausfüllen und einsenden an: "Türkei-Informationen"
Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Wir bitten,
alle Abonnenten
der
Türkei-Informationen,
die Adressen-
Änderungen
rechtzeitig
der Redaktion
mitzutellen,
da sonst keine
Lieferung
möglich ist
und das
Abonnement erlischt!

Militärdiktatur: Bei wachsender Isolation- Steigende Aggressivität

Die militärischen Machthaber in der Türkei verschärften das Kriegsrecht. Die Nachricht, daß gegen 44 Vorstandsmitglieder des Friedenskomitees Haftbefehle erlassen und diese teilweise auch vollstreckt worden sind, schockierte selbst die Kreise, die den Versprechen der Junta bisher Glauben schenkten. Manche westeuropäischen Politiker und Regierungsvertreter konnten trotz eindeutiger Meldungen aus der Türkei über die Aufhebung jeglicher demokratischen Rechte nicht zugeben, daß in einem NATO-Land die Menschenrechte verletzt werden. Kein Wunder, wenn sie sich jetzt in ihrem Ringen gegen die weltweite Isolierung der Militärjunta in der Türkei enttäuscht fühlen.



Die Angriffe der Militärs richten sich zwar in erster Linie gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung des Landes, jedoch umfaßten sie von Anfang an die breitesten demokratischen und patriotischen Kräfte. Auch unter den jüngst verhafteten Personen befinden sich zahlreiche Abgeordnete, Wissenschaftler, Künstler und Juristen; Liberale und Sozialdemokraten ebenso wie Sozialisten und Kommunisten; kurz, viele angesehene Persönlichkeiten der Türkei.

Junta wird isoliert

Wie kommt es zu dieser eklatanten Verschärfung der Repressionen, obwohl die

Militärs peinlich genau darauf achten müssen, daß die Positionen ihrer befreundeten Politiker im westlichen Ausland nicht geschwächt werden? Was ist neu an den derzeitigen Bedingungen in der Türkei?

Aufgrund der wachsenden Solidarität der demokratischen Kräfte, insbesondere in Europa, mit den verhafteten, gefolterten und von der Hinrichtung bedrohten Gewerkschaftern und anderen Demokraten, war es den Regierungen westeuropäischer Staaten nicht mehr ohne weiteres möglich, weitere Unterstützung dem menschenverachtenden Regime in der Türkei zu gewähren. Die Junta wurde weitgehend isoliert.

Annäherung an die USA

Da aber die bankrotte militärische Führung auf jeden Pfennig und jeden Cent angewiesen ist, verstärkte sie ihre Verbindungen zu den USA. US-Kriegsminister C. Weinberger gab die Bereitschaft seiner Regierung bekannt, auch die Lücke, die durch die immer spärlicher fließende Unterstützung der westeuropäischen Länder entstanden ist, aufzufüllen. Diese an massive Forderungen geknüpfte Finanzierung der Junta brachte erstens weitere militärische und politische Abhängigkeit von den USA, und zweitens die Verschärfung der Kriegsrechtsbedingungen mit sich.

Verschärfung des Kriegsrechts

Im DISK-Prozeß behandelt der faschistische Oberst Takkeci die DISK-Funktionäre wie Kriegsgefangene. Anträge auf Freilassung werden abgelehnt, der Hauptverteidiger wird verhaftet. Das Leben der Gewerkschaftskollegen ist in höchster Gefahr! Die Haftbefehle gegen den gesamten Vorstand des Friedenskomitees deutet auf die Angst der Junta vor den Friedenskräften des Landes hin. Denn die Militärjunta

verschärfte die Rolle der Türkei als Pulverfaß, das die Länder im Nahen und Mittleren Osten bedroht, indem sie mit den USA einen gemeinsamen Verteidigungsrat bildete, neuen US-Stützpunkten und der Stationierung neuer amerikanischer Waffen und Militärs zustimmte.

Die Militärjunta wird zusehends geschwächt. Sie konnte die Probleme der Bevölkerung nicht lösen, im Gegenteil: der Hunger wurde zu einem ernsthaften Problem. Massenentlassungen führten zur Zuspitzung der Arbeitslosigkeit. Menschen werden aus Großstädten wie Istanbul gejagt, um die sozialen Folgen der Massenarbeitslosigkeit zumindest zu verschieben und zu verlagern.

Einheiten der Armee belagern kurdische Siedlungsgebiete. Nach der 3. Armee befindet sich nun auch noch die 2. Armee auf dem Weg nach Türkei-Kurdistan. Kurdische Dörfer werden geplündert, zerstört und verbrannt. Tausende von Bürgern werden verhaftet und gefoltert, nur weil sie Kurden sind.

Mehr Solidarität

Trotz schwierigster Bedingungen erheben die Menschen mutig ihre Stimme. Die Proteste führen zu häufigen Konfrontationen zwischen der Armee und der Bevölkerung, insbesondere den Arbeitern. Der Unmut in der Armee wächst ständig: Es wird berichtet, daß über 75 von 300 in Untersuchungshaft genommenen Offizieren bereits verhaftet sind. Von neuen „Säuberungen“ in der Armee ist die Rede.

Wir unterstreichen: Die Junta verliert national wie international von Tag zu Tag mehr an Unterstützung. Die Risse im Regime vertiefen sich. Je schwächer die Junta wird, desto aggressiver geht sie gegen die Bevölkerung vor. In dieser Situation hängt es von den demokratischen Kräften und ihrer Solidarität ab, die Verzweiflungsverbrechen der Militärjunta zu verhindern und ihre Lebensdauer zu verkürzen. Das Gebot der Stunde ist die politische, moralische und materielle Solidarität mit den Demokraten der Türkei. ●

Türkei

Junta nimmt Friedenskämpfer ins Visier

Haftbefehle gegen demokratische Persönlichkeiten

Die Verhaftung von einer Reihe angesehener Persönlichkeiten in Nacht- und Nebelaktionen durch die türkische Militärdiktatur löste weltweit Proteste aus. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der gemeinsamen Erklärung von demokratischen Organisationen kurdischer und türkischer Arbeiter in der Bundesrepublik:

Am 25.-26. Februar 1982 verfügte die Kriegsverwaltungskommandantur in Istanbul gemäß der Antragstellung des Militärstaatsanwalts Süleyman Takkeci die Festnahme der 44 führenden Mitglieder des Friedenskomitees, darunter auch die des Verteidigers im DISK-Prozeß, in dem für 52 Gewerkschafter die Todesstrafe gefordert wird, Orhan Apaydin.

Der Vorsitzende des Friedenskomitees, Botschafter a.D. Mahmut Dikerdem, der Rechtsanwalt und Verteidiger im DISK-Prozeß, Orhan Apaydin, sowie eine Vielzahl von Intellektuellen, Professoren, Rechtsanwälten, Schriftstellern und Künstlern wurden in Nachtoperationen festgenommen.

Die Junta verhängte eine totale Nachrichtensperre, damit keine Proteste gegen diese menschenrechtswidrigen Verfahren stattfinden können. Sie versuchte, die Verbreitung jeglicher Informationen in bezug auf dieses Geschehen zu verhindern.

Die Militärjunta beabsichtigt, mit ihrem neuen Angriff, die Verteidigungsrechte der 52 Gewerkschafter im DISK-Prozeß, der unter den schwersten Terror- und Unterdrückungsbedingungen stattfindet, zu vernichten. Gleichzeitig soll die Friedensbewegung liquidiert werden, die an tiefverwurzelten Traditionen anknüpft und sich durch die Arbeiterklasse der Türkei, der fortschrittlichen demokratischen Kräfte und der nationalen demokratischen Bewegung Türkei-Kurdistans entwickelte.

Sie versucht, die Reaktionen unserer Völker und der patriotischen Kräfte gegen die angriffslustige Politik der NATO und gegen die Pläne des US-Präsidenten Reagan, die Türkei zu einer Abschlußrampe für nukleare Raketen

Vorstand des Friedenskomitees der Türkei

Vorsitzender

Mahmut Dikerdem

Botschafter a. D.

Vorstandsmitglieder

Orhan Apaydin

Gencay Şaylan

Ali Sirmen

Ataol Behramoğlu

Medet Serhat

Metin Özek

Niyazi Dalyancı

Ugur Kökten

Ergun Engin

Ali Taygun

Aybars Mungan

Yavuz Çizmeçi

Sefik Atan

Haluk Tosun

Aykut Göker

Tahsin Usluoğlu

Erdal Atabek

Hasan Fehmi Mavi

Reha İsvan

Nurettin Yılmaz

Ismail H. Öztörün

Nedim Tarhan

Orhan Taylan

Hüseyin Baş

Enis Coşkun

Tektaş Ağaoglu

Kemal Anadol

Oya Baydar

Gültekin Gazioglu

Mehmet Karaca

Nefise Akcelik

Sayit Aydogmuş

Mehmet Bulut

Mustafa Gazalci

Cüneyt Başbug

Metin Denizmen

Zülal Kiliç

Cemal Kiral

Sedat Özkol

Nadir Akgül

Karabey Kalkan

Melih Tümer

Yasar Arıkan

Präsident der Anwaltskammer Istanbul

Verteidiger im DISK-Prozeß

Prof. Staatswiss. Fak. der Middle East Tech. Univ.

Kolumnist der Tageszeitung „Cumhuriyet“

Schriftsteller, Dichter

Rechtsanwalt, Sekretär der Anwaltskammer

Prof. Dr. Med. Univ. Istanbul

Journalist, Direktor der Nachrichtenagentur THA

Bauingenieur

Elektroingenieur

Regisseur

Elektroingenieur

Elektroingenieur

Studienrat

Prof., Fakultät Elektrotechnik der Middle East T. U.

Maschinenbauing./Vors. d. DISK-Techniker

Gesamtverb.

Beamte der Elektrizitätswerke der Türkei

Arzt f. innere Krankh./Vors. d. Ärztekammer d. T.

Beamte d. Gesundheitsw./Vors. d. Bediensteten im

Gesundheitswesen

ehem. Stv. Leiterin im Kultusministerium

ehem. CHP-Abgeordneter, zuletzt parteilos

CHP-Abgeordneter in Adana

CHP-Abgeordneter in Adana

Maler/Grafiker

Journalist

Rechtsanwalt

Schriftsteller

CHP-Abgeordneter in Zonguldak

Journalistin, Schriftstellerin

Vorsitzender des Lehrerverbandes TÖB-DER

Vorstandsmitglied des DISK/

Vors. d. Metaller-Gew. MADEN-IS

Ingenieur

Gewerkschafter, Generalsekr. d.

Gew. Nahrungsmittelind.

Gewerkschafter

CHP-Abgeordneter in Denizli

Arzt

Gewerkschafter, Vors. d. Gew. BANK SEN

Generalsekr. d. Progressiven Frauenverbandes – IKD

Gewerkschafter

Ingenieur

Ökonomist

Ingenieur

Professor

Vorstandsmitglied des DISK/Bildungssekr. d. Gew.

Glasindustrie HÜR-CAM-İş

zu verwandeln, zurückzudrängen. Die Junta lenkt ihre Angriffe auf unsere Völker, vor allem auf unsere Arbeiterklasse. Ihr friedensfeindliches Gesicht tritt deutlicher zutage, indem sie die angesehenen Friedenskämpfer, wie Wissenschaftler, Gewerkschafter, Schriftsteller, TIP-, TKP-, TSIP-Mitglieder, die Demokraten des Türkei-Kurdistans und die fortschrittlichen Abgeordneten der CHP, verhaftet.

Die Militärjunta, die unter dem Vorwand der Behauptung von Anarchie und Terror die Macht ergriffen hatte, steckt die Führenden des Friedenskomitees in die Gefängnisse, die ihre entschlossene Haltung gegen Anarchie und Terror bewiesen hatten, mit der Anschuldigung, „sie verteidigten den Frieden“. Dieser Angriff ist die Folge einer Politik, die darauf abzielt, in der Türkei noch mehr Bombenflugzeuge und Nuklearraketen zu lagern und dadurch die aggressiven Pläne der NATO, wie die Verschärfung der Konflikte zwischen Griechenland und der Türkei beizutragen.

- Setzen wir uns ein für die sofortige Freilassung aller verhafteten Mitglieder des Friedenskomitees und des Vorsitzenden der Anwaltskammer Istanbul, Orhan Apaydin.
- Sofortige Freilassung der 52 DISK-Gewerkschafter, deren ohnehin eingeschränktes Recht auf Verteidigung nunmehr vollends aufgehoben werden soll.

Eine effektive internationale Solidarität kann weitere, schwerwiegende Terror- und Unterdrückungsakte der Militärjunta verhindern helfen.

Die Protesttelegramme, die an die türkische Botschaft und an den Junta-Chef Evren zu richten sind, sowie die Solidaritätsschreiben an die Anwaltskammer Istanbul, müssen in der Öffentlichkeit weitgehend bekanntgemacht werden. Mit Informationsständen, Solidaritätsveranstaltungen, Pressekonferenzen und anderen Solidaritätsaktionen müssen wir erreichen, daß die rechtswidrigen Willkürakte der Militärjunta aufs schärfste verurteilt werden. Die unterzeichnenden Organisationen erklären sich bereit, alle diesbezüglichen Bemühungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

DIB-FAK (Die Einheitskomitees für Demokratie in der Türkei in der BRD)
 FIDEF (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD e.V.)
 GERCEK (Solidaritätskomitee mit der Zeitung „Gercek“ in der BRD)
 KKDK (Fortschrittlich-Demokratische Arbeitervereine Kurdistans in der BRD)
 Kurdische Volkshäuser



Präsident der Anwaltskammer und Hauptverteidiger im DISK-Prozeß von der Junta verhaftet

Orhan Apaydin am 25. Februar 1982 zu seiner Verhaftung:

„Heute wird die Verlesung der Anklageschrift im DISK-Prozeß beendet. Als Verteidiger des DISK-Vorsitzenden Abdullah Baştürk beabsichtigte ich mit der Begründung, daß der Prozeß mit dieser unseriösen und rechtswidrigen Anklageschrift nicht fortgeführt werden kann, die Zurückweisung der Klage und die Freilassung der Angeklagten zu beantragen. Dies ist Süleyman Takkeci (Militärstaatsanwalt) bekannt. Im letzten Jahr wurde auf verschiedene Weise Druck auf mich ausgeübt, damit ich die Verteidigung im DISK-Prozeß nicht übernehme. Diese Repressalien reichten bis zu Internierungs- und Haftdrohungen. Da es ihnen jedoch an glaubhaften Gründen fehlte, dienten schließlich meine Mitgliedschaft im Friedenskomitee und meine Wahl in dessen Vorstand als solche. Mit dieser Begründung wurde zweimal meine Inhaftierung beantragt. Die Richter lehnten dies jedoch wegen ihrer unglaublichen Begründung ab. Dieses Mal, kurz vor der Beendigung der Verlesung der Anklageschrift, gelang es Süleyman Takkeci, einen Haftbefehl zu erwirken, indem er sich auf ein gestelltes Ermittlungsverfahren stützte.

Mit dieser gegen meine Person gerichteten Maßnahme soll die Funktionsuntüchtigkeit der Verteidigung in politischen Prozessen erreicht werden. Nur in einem Punkt unterliegen sie einem Irrtum: Die Anwaltskammer Istanbul erfüllt ihre Aufgabe zur Verteidigung der Menschenrechte seit 104 Jahren. Sie überlebte auch den Abdülhamit-Despotismus mit Würde. Auch jetzt wird es ihnen nicht gelingen, die Anwaltskammer mit ihren 7000 Mitgliedern zu liquidieren.

Vor dem 12. September 1980 erfüllte die Anwaltskammer Istanbul ihre Aufgabe, indem sie die Durchsetzung der Rechtsnormen und die

Wahrung der Menschenrechte verteidigte; ihrer Verpflichtung, vor der faschistischen Gefahr zu warnen, kam sie nach, ohne den Terrordrohungen nachzugeben. Der Terror als solcher und die Methode des Staats-terrors sind mit der demokratischen Rechtsauffassung unseres Jahrhunderts in keiner Weise vereinbar. Als Juristen stellen wir uns gegen jeglichen Terror, ganz gleich, ob er von Personen, Gruppen oder aber vom Staate ausgeht, und wir werden nicht aufhören, unsere Aufgabe zur Verteidigung der Menschenrechte zu erfüllen.

Zur Zeit werde ich an der Erfüllung dieser Aufgabe gehindert. Aber meine Kollegen werden ihrer Verpflichtung gewiß noch entschlossener nachkommen. Es wird niemandem gelingen, die Anwaltskammer Istanbul zu knebeln. Trotz mit allen Mitteln ausgeübter Repressalien hat es in der Geschichte der Anwaltskammer Istanbul niemals ein Beispiel für den Verrat an unserem Beruf und an unserem beruflichen Eid gegeben. Sie wollten uns an unserer Pflichterfüllung im Rahmen der Verteidigung hindern. Aber dieser Aufgabe werden wir auch auf der Anklagebank nachkommen.

Ich werde jetzt mit der Begründung festgenommen, ich würde für den Frieden eintreten. Wenn dies ein Verbrechen sein soll, werde ich mit Stolz Rechenschaft abzulegen wissen. Die Verteidigung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte ist heute weltweit Bestandteil des Strebens aller aufrechten Juristen. Wenn die Anwaltskammer Istanbul hierzu etwas beigetragen hat, muß sie dafür geehrt werden. Früher oder später wird sich die Wahrheit durchsetzen und meine Kollegen und aufrichtige Intellektuelle, die meinetwegen festgenommen worden sind, ihre Freiheit erlangen.“

Weitere faschistische Terroristen entlassen:

Massenprozesse gegen Demokraten

Daß der Militärstaatsanwalt Süleyman Takkeci seit 70 Stunden aus der Anklageschrift vorliest, macht in der rechtsextremistischen, juntahörigen Tageszeitung „Hürriyet“ mehr Eindruck, als die Militärs im „DISK-Prozeß“ mit verbrecherischsten Methoden jegliche Verteidigungsmöglichkeiten der Angeklagten auszuschalten versuchen. Während die bürgerliche Presse, verschont von der militärbehördlichen Kontrolle, die öffentliche Meinung schon vor der Verkündung des Urteils gegen den DISK beeinflussen will, beteiligen sich die Verteidiger der Angeklagten seit dem 3. Verhandlungstag aus Protest gegen die einseitige Haltung der Militärstaatsanwaltschaft nicht mehr am Prozeß.

Alleine in den ersten drei Verhandlungen wurden vier Rechtsanwälte und ein Angeklagter „gemäß dem Kriegsverfahren“ aus dem Saal entfernt. „Mit der Anordnung dieses Paragraphens bezog der Verhandlungsrichter“, so der angeklagte Bastürk, „eindeutig Stellung gegen die Angeklagten.“

Bisher wurden mehrere führende Funktionäre der faschistischen MHP in dem gegen diese Partei und ihre Nebenorganisationen laufenden Prozeß freigesprochen. In diesem Prozeß wurde auch beschlossen, das gegen den Führer Türkes und weitere 300 Funktionäre laufende Verfahren von dem übrigen Verfahren abzutrennen. Dies bot den Verteidigern dieses Prozesses die Gelegenheit, wegen der Umstellung eine Vorbereitungsfrist zu beantragen.

So fragt man sich, welche Bedeutung die Zusammenlegung der beiden gegen den DISK laufenden Prozesse haben könnte. So wurde in dem gegen die 52 Gewerkschafter laufenden Verfahren der Beschluß gefaßt, das bisher vom Ba-

kir-Köy-Arbeitsgericht behandelte Verfahren für das Verbot des DISK gleichzeitig durchzuführen.

„Während der Durchsuchungen in der DISK-Zentrale wurden Dias und Filme beschlagnahmt, die die Eigenpropaganda der sozialistischen Staaten, vor allem der Sowjetunion beinhalten und das Image eines wohlhabenden Lebensstandards verschaffen. Außerdem wurde eine schwarz übermalte, speziell für einen Tisch vorgesehene Büste Lenins entdeckt.“

So liest der Militärstaatsanwalt Takkeci auf der 660. Seite der Anklageschrift am 11. Verhandlungstag vor, was für das Gericht als Beweismittel zu dienen hat.

In der 13. Verhandlung beschäftigte sich der Militärstaatsanwalt weiterhin mit den 1.-Mai-Kundgebungen und machte auf den Betrug DISKs an den türkischen Arbeitern durch umstürzlerische Propaganda aufmerksam. „Während die Bilder Atatürks, der gegen den Imperialismus den Befreiungskrieg eröffnete und somit allen Nationen der Welt ein Vorbild geworden war, zwischen dem türkischen Bauer, dem Arbeiter und dem Arbeitgeber keinen Unterschied machte, an diesen Kundgebungen fehlten“, so Takkeci, „ließ der DISK die Poster von Marx, Engels und Lenin tragen und nutzte somit die parlamentarische-freiheitliche Demokratie aus, in dem er nicht nur vom guten Willen der Regierungen, sondern auch von ihrer Unfähigkeit Gebrauch machte.“

Die Vertreter verschiedener demokratischer Organisationen aus dem Ausland verfolgen den Prozeß regelmäßig. Zu den Beobachtern zählen die Vertreter des amnesty international, der fran-

zösischen Gewerkschaft CGT, des Weltgewerkschaftsbundes FSM. Auch die Internationale Vereinigung demokratischer Juristen faßte den Beschluß, wöchentlich mit zwei Vertretern an den Prozeßverhandlungen teilzunehmen, die immer noch ohne die Anwesenheit der Rechtsanwälte durchgeführt werden.



Gewerkschafter für ihn schon verurteilt: Militärstaatsanwalt S. Takkeci

„Die wichtigste Aufgabe eines Anwaltes ist es, zu überprüfen, ob die Anklageschrift richtig verlesen wird oder ob an ihr Veränderungen durchgeführt worden sind. Anstatt 78 Verteidiger auszuschließen, hätte man auch eine Verwarnung aussprechen können.“

So kritisierte der norwegische Anwalt Karl Nandrup Dahl den Ausschluß der Anwälte auch in der türkischen Presse, nachdem er die ersten Verhandlungstage im Namen des Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, IBFG beobachtete.

Der Militärstaatsanwalt Takkeci verlas am 15. Verhandlungstag des Prozesses den Abschnitt der Anklageschrift, der „die inländischen Beziehungen des DISK“ beinhaltet. Nachdem er das Gericht auf die zu verschiedenen Anlässen an den DISK gerichteten Grußbotschaften der CHP-Abgeordneten (Republikanische Volkspartei) aufmerksam machte, fuhr er fort:

„Während des Generalstreiks gegen die Einführung der Staatssicherheitsgerichte im Jahre 1976, verwirklichten ei-

Die Angeklagten während des Prozesses



nige CHP-Abgeordnete die Bündnis- und Aktionseinheit mit dem DISK, indem sie den Gesetzesvorschlag des Parlamentes verhinderten. Der Zweck dieser Haltung war, die politischen und ideologischen Praxen des DISK auch auf parlamentarischer Ebene zu unterstützen.“

Takkeci erwähnte auch, daß der Beschluß des 5. DISK-Kongresses, Aktionseinheit mit der CHP zu realisieren, sofort in die Praxis umgesetzt wurde und die DISK-Mitglieder neben ihren gewerkschaftlichen Funktionen sich auch in den Kreis- und Ortsvorständen der CHP betätigten. An diesem Verhandlungstag wurden die Beziehungen des DISK zu den Organisationen wie dem progressiven Jugendverband, dem progressiven Frauenverband und dem Friedenskomitee der Türkei geschildert.

Zur Zeit warten noch mehr als 2000 DISK-Gewerkschafter in Haft auf ihre Prozesse. ●

TKP-Prozeß

Wegen angeblicher „Mitgliedschaft in der TKP“ führen die Militärgerichte in drei Städten der Türkei gegen Hunderte von Menschen Prozesse, in denen öfters von schweren Mißhandlungen die Rede war.

Aus den Gerichten von Ankara, Gölcük und Adana berichteten die Angeklagten, daß sie bei Verhören mit den „Üblichen Methoden“ der Geheimpolizei gezwungen wurden, sich zur „TKP-Mitgliedschaft“ zu bekennen.

Alleine in Gölcük wurden 31 Personen länger als 90 Tage ohne Haftbefehl in Untersuchungshaft gehalten. Ihnen wurde auch nicht gestattet, mit ihren Verteidigern Kontakt aufzunehmen. In Ankara wiesen 32 festgenommene Frauen vor Prozeßbeginn auf schwere Mißhandlungen hin, denen sie ausgeliefert waren. In Adana berichtete der angeklagte Gewerkschafter Güzel, daß er tagelang mit verbundenen Augen gefoltert wurde. Der Vorsitzende des Vereins zeitgenössischer Juristen in Zonguldak, Rechtsanwalt Topay, sprach in Gölcük von den Elektroschocks, unter denen er seine Aussagen machen mußte.

Selbst die sich in Schwangerschaft befindende Hafize Cakar wurde in Gölcük zur Unterschrift der von ihr nicht anerkannten Aussage gezwungen. In der Anklage gegen die angeblichen Mitglieder der seit über sechzig Jahren als – einzig in Europa – illegal existierenden Kommunistischen Partei wird angeführt, daß die Angeklagten umstürzlerische Aktivitäten gegen die bestehende Gesellschaftsordnung unternommen haben, um sie durch eine marxistisch-leninistische Gesellschaftsordnung zu

ersetzen. Sie hätten sich weiterhin für „die Anerkennung und Einflußgewinnung der TKP in der Türkei eingesetzt, deren Zentrale in Ostdeutschland ist.“ Somit bezieht sich die Anklage auf die

Paragrafen des Strafgesetzbuches 141, 142, die gleichzeitig das Verbot über die Kommunistische Partei der Türkei ermöglichen (siehe Türkei-Informationen, Januar 1982). ●



TIP-Prozeß

Die Militärstaatsanwaltschaft eröffnete nun einen Prozeß gegen 80 Mitglieder der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) mit der Begründung, daß sie gegen den Paragraph 141 des Strafgesetzbuches verstoßen hätten.

Unter den Angeklagten befinden sich die Vorsitzende, Frau Professor Behice Boran, die zwischenzeitlich ausgebürgert worden ist, der Generalsekretär Nihat Sargin, die Vorstandsmitglieder

Osman Sakalsiz und Orhan Suluer. Sie mußten das Land nach dem Putsch der Militärs verlassen.

Für zwei Vorstandsmitglieder, Mustafa Aktolgali und Özcan Kesgec beantragt die Militärstaatsanwaltschaft die Todesstrafe.

Für die verhafteten Mitglieder der TIP werden verschärfte Haftstrafen von 10 bis 36 Jahren gefordert (siehe Türkei-Informationen, Januar 1982). ●



DEV-YOL-Prozeß

In mehreren Städten der Türkei laufen Prozesse gegen die linksgerichtete Organisation DEV-YOL (Revolutionärer Weg), in denen bisher 1300mal die Todesstrafe beantragt worden ist, zehn festgelegt und eine vollstreckt wurde. Der Ende Februar dieses Jahres in Ankara angelaufene Prozeß gegen DEV-YOL zählt mit seiner Anklageschrift von 1319 Seiten, 574 Angeklagten und

186 Anträgen auf die Todesstrafe zu einem der größten Massenprozesse. Die Anklageschrift lautet:

„Sie gründeten eine illegale Organisation mit der Absicht, die verfassungsmäßige Grundordnung mit Waffengewalt zu verändern und führten Überfälle und Aktionen durch, in denen Menschen ermordet und verwundet wurden, legten Bomben...“ ●

Weltweit Proteste

DGB

DGB protestiert gegen Behördenwillkür in der Türkei

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat in einem Schreiben an den türkischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Vahit Halefoglou, gegen die Verhaftung des federführenden Strafverteidigers im Prozeß gegen 52 Funktionäre des türkischen Gewerkschaftsbundes DISK, Orhan Apaydin, protestiert. In dem am Dienstag in Düsseldorf veröffentlichten Schreiben, das nach dem Wunsch des DGB-Bundesvorstandes der türkischen Regierung übermittleit werden soll, wird darauf hingewiesen, daß Apaydin „unter dem Vorwand, vor einigen Jahren einer der Gründer eines türkischen Friedenskomitees gewesen zu sein“, verhaftet worden sei.

Wörtlich heißt es in dem Schreiben des DGB u.a.: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund protestiert nachdrücklich gegen diese erneute Willkür der Behörden in der Türkei und fordert, daß Herr Orhan Apaydin in seiner Eigenschaft als federführender Strafverteidiger der mit der Verteidigung der DISK-Gewerkschafter beauftragten Gruppe von Rechtsanwälten und als Präsident der Istanbul Vereinigung von Rechtsanwälten sofort auf freien Fuß gesetzt wird.“

Der DGB verband diesen Protest mit der Forderung nach Einstellung des Prozesses gegen die DISK-Gewerkschafter, nach unverzüglicher Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit und rascher Demokratisierung in der Türkei.

Der DGB-Kreisvorstand Köln verurteilt einstimmig aufs schärfste das Verbot der freien Gewerkschaften in der Türkei und fordert die unverzügliche Wiederherstellung der Gewerkschaften nach den Grundsätzen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften. Die Verfolgung türkischer Gewerkschafter nach verschwommenen strafgesetzlichen Bestimmungen, die ein schweres Unrecht bedeuten, wird verurteilt. Der DGB-Kreisvorstand Köln fordert die Einstellung der Prozesse und die Freilassung aller Gewerkschafter, denen keine gewalttätigen Akte vorgeworfen werden.

Der DGB-Kreisvorstand Köln solidari-

siert sich mit den 52 Gewerkschaftern, die mit der Todesstrafe bedroht sind, und fordert die sofortige Aufhebung der Urteile.

Gerichtsverhandlungen gegen die immer noch inhaftierten Gewerkschafter müssen unverzüglich nach den Maßstäben der Rechtsstaatlichkeit und unter internationaler Beobachtung durchgeführt werden.

Der DGB-Kreisvorstand fordert nachdrücklich die Militärmachthaber in der Türkei auf, die demokratische Ordnung umgehend wiederherzustellen.

Mit freundlichen Grüßen
Deutscher Gewerkschaftsbund
Kreis Köln
i. A. W. Büchner

Der DGB-Kreis Bremen erklärt seine Solidarität mit der DISK und verurteilt die ausgesprochenen Todesurteile gegen 52 Gewerkschafter. Der DGB fordert die türkische Regierung auf, diese Urteile rückgängig und Schluß zu machen mit den willkürlichen Verhaftungen und Folterungen der demokratischen Gewerkschafter in der Türkei sowie Maßnahmen einzuleiten, die die Gewerkschaftsrechte in der Türkei wiederherstellen.

Mit freundlichen Grüßen
Deutscher Gewerkschaftsbund
Kreis Bremen
gez. Erwin Schmidt
Vorsitzender

Deutscher Gewerkschaftsbund
Kreis Nahe-Hunsrück

Die Erfahrung bzw. die Geschichte hat uns gelehrt, daß Gewerkschafter immer die ersten sind, die in die Gefängnisse wandern, wenn Unfreiheit und Diktatur herrschen. Gerade in einer Zeit, in der Ausländerfeindlichkeit zuzunehmen droht, ist es wichtig, deutlich zu machen, daß alle Arbeitnehmer, gleichgültig welcher Nationalität, in ihren Rechten bedroht sind.

Mit freundlichen Grüßen
Carsten Pörksen
Kreisvorsitzender



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Ortsverband Siegen

Seit dem 24. Dezember letzten Jahres findet der Prozeß gegen zahlreiche DISK-Funktionäre statt.

Die Militärstaatsanwaltschaft fordert für 52 Kollegen die Todesstrafe. Ihnen werden Aktivitäten als Verbrechen zur Last gelegt, die bis zu zehn Jahre zurückliegen und zum damaligen Zeitpunkt nicht verfassungswidrig waren. Es handelt sich z. B. um 1.-Mai-Kundgebungen, die in der Bundesrepublik selbstverständlich sind und an denen hier auch der Bundeskanzler teilnimmt. Seit 15 Monaten schon befinden sich die DISK-Funktionäre und weitere 2000 Gewerkschafter in Haft. Man kann davon ausgehen, daß ihre Aussagen unter Zwang erpreßt worden sind.

Auch der Prozeß selbst bleibt eine Farce, wenn wie bisher die Rechte der Verteidigung mit angeblichen „Kriegszustandsmaßnahmen“ auf ein Mindestmaß reduziert bleiben, so daß die Anwälte der DISK lediglich als Beobachter und nicht als Verteidiger an dem Prozeß teilnehmen können.

Der Vorstand der GEW Siegen protestiert schärfstens gegen die unmenschlichen Praktiken der regierenden Militärs und fordert die sofortige Aufhebung des Kriegsrechts und Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter.

Wilfried Böhl
Vorsitzender

GEW-Landesverband Bremen

– Arbeitsgruppe Ausländerkinder –
Sehr verehrter Herr Orhan Apaydin, mit großer Bestürzung haben die Mitglieder unserer Arbeitsgruppe, welche als Lehrer vornehmlich die Kinder türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland unterrichten, von den Verhaftungen, den Militärgerichtsprozessen und den vom Militärstaatsanwalt geforderten Todesstrafen erfahren. Auch von den Umständen des am 24. Dezember 1981 eröffneten Prozesses, der Verhängung des „Kriegszustandes“ über den Prozeß und den Ausschluß der Verteidiger haben wir Kenntnis erhalten. Diese Maßnahmen der Militärjunta, aber auch die Verfolgung unserer Gewerkschaftskollegen von DISK und TÖB-DER, werden von uns aufmerksam verfolgt, und einhellig verurteilt.

Dabei macht uns Ihr mutiges Eintreten für die Rechte der verfolgten Gewerkschafter von DISK Mut und erfüllt uns alle mit Hochachtung.

Wir fühlen uns sehr solidarisch mit Ihnen und den Rechtsanwälten, die auch jetzt noch in der Türkei für Recht und Gesetz eintreten, verbunden und wünschen Ihnen bei Ihren vorbildlichen Bemühungen viel Erfolg.

Wir werden Sie nach Kräften unterstützen und bei uns in der Bundesrepublik Deutschland innerhalb des DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) dafür eintreten, daß Prozeßbeobachter des DGB in die Türkei kommen können.



**Betriebsrat
und IG-Metall-Vertrauenskörper
in der M.A.N. Werk Hamburg**
Mit großer Sorge beobachten Betriebsrat und IG-Metall-Vertrauenskörper in der M.A.N. Werk Hamburg die Entwicklung in der Türkei.

Die Vorgehensweise der Militärregierung, jegliche Wahrnehmung von demokratischen und gewerkschaftlichen Rechten als staatsfeindlich oder als Verbrechen bis hin zur Todesstrafe zu verfolgen, findet unsere uneingeschränkte Kritik. Es kann nicht zu den Aufgaben einer Regierung gehören, die Bevölkerung des eigenen Landes zu bespitzeln und alle demokratischen Grundrechte zu mißachten.

Aus diesem Grunde fordern wir:

1. Einstellung des Antigewerkschaftsprozesses;
2. sofortige Freilassung aller Demokraten und aktiven Gewerkschafter in der Türkei;
3. freie politische und gewerkschaftliche Betätigung.

Hochachtungsvoll

Betriebsrat und IG-Metall-Vertrauenskörper in der M.A.N. Werk Hamburg

Arbeitsgemeinschaft
Dortmunder Jugendverbände

An die
Türkische Militärjunta
ANKARA/Türkei

Wir haben durch Presse und Fernsehen Kenntnis davon erhalten, daß in Ihrem Land zur Zeit ein Prozeß gegen 52 führende Gewerkschafter, die dem Gewerkschaftsbund DISK angehören, begonnen hat. Nach den uns bekannten Informationen hat der zuständige Militärstaatsanwalt für diese Gewerkschafter die Todesstrafe gefordert.

Wir protestieren aufs schärfste gegen Ihre Anklage dieser 52 Gewerkschafter, da sich Ihre Anklage lediglich auf legale gewerkschaftliche Aktivitäten

bezieht und insofern keinerlei Rechtsanspruch benennen kann. Deshalb fordern wir Sie auf, die 52 angeklagten Gewerkschafter sofort freizulassen.

Wir beobachten die Situation in Ihrem Land mit großer Sorge, die Einschränkung bzw. Aussetzung demokratischer Rechte, die Einschränkung von gewerkschaftlicher Betätigung, die willkürliche Festnahme von Bürgern Ihres Landes, die Durchführung von Prozessen auf der Grundlage von „Geständnissen“, die unter schwersten Folterungen erpreßt worden sind. Wir richten deshalb an Sie die Forderung, die Verfolgung der Demokraten in Ihrem Lande zu beenden und die Wiedereinsetzung aller demokratischen Rechte zu beschließen.

Ernst Söder
Vorsitzender des Dortmunder Jugendringes

Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V.

Staatspräsident der Türkei
Evren, Ankara

c/o Botschaft der Türkei

in der Bundesrepublik Deutschland
Sehr geehrter Herr Staatspräsident, die Vereinigung Demokratischer Juristen, Dortmund, ist bestürzt und empört darüber, daß am 26. 6 1981 die militärische Staatsanwaltschaft der Istanbuler Kriegsrechtskommandantur für den Vorsitzenden des progressiven Gewerkschaftsbundes DISK, Abdullah Bastürk, und 51 weitere DISK-Hauptvorstandsmitglieder die Todesstrafe durch den Strang gefordert hat. Der DISK-Prozeß, der dann am 24. Dezember 1981 beim II. Kriegsrechtsgericht in Istanbul eröffnet wurde, wird unter den Bedingungen des Kriegsrechts geführt, die durch Unterdrückungs- und Terrormaßnahmen, insbesondere gegen die Arbeiterbewegung, gekennzeichnet sind. Mit Ihrer Forderung, die DISK-Funktionäre zum Tode zu verurteilen, versuchen Sie, selbstverständliche gewerkschaftliche Tätigkeiten wie die Verteidigung der Rechte der Arbeiter, Streiks und Demonstrationen rechtswidrig zu brandmarken.



Im Namen des Landesvorstandes Bayern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) - Bund der Antifaschisten geben wir unseren Protest und unsere Empörung über die Verfolgung

von Gewerkschaftern in Ihrem Land zum Ausdruck.

Wir solidarisieren uns mit den 52 Repräsentanten der Gewerkschaft DISK, die seit Dezember vor Gericht stehen, wie Schwerverbrecher behandelt und mit dem Tod bedroht werden.

Die in unserem Verband organisierten ehemaligen Widerstandskämpfer gegen den deutschen Faschismus mußten am eigenen Leib erfahren, wohin die Unterdrückung gewerkschaftlicher und demokratischer Rechte führt. Sie begannen in Deutschland mit der blutigen Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung und endete in der physischen Vernichtung der Repräsentanten der Arbeiterschaft und jeglicher demokratischer Opposition.

Was in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945 geschah, darf sich in der Geschichte der Menschheit nie mehr wiederholen.

Wir appellieren an Sie im Namen der Demokratie und Gerechtigkeit: Geben Sie den angeklagten Gewerkschaftern ihr Recht auf Leben und Freiheit zurück!

Wir fordern:

- **Sofortige Freilassung aller Demokraten und aktiven Gewerkschafter in der Türkei!**
- **Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ihrem Land!**

VVN - Bund der Antifaschisten

- Landesvorstand Bayern -

**Oskar Neumann
Landesvorsitzender
Marion Lehmicke
Landessekretär**

Jürgen Busack
Europapolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion
Sehr geehrte Damen und Herren, wie ich der Presse entnahm und von türkischen Freunden bestätigt erhielt, begann am 24. Dezember 1981 der Prozeß gegen 52 DISK-Vorstandsmitglieder vor dem Militärtribunal in Istanbul. Mit Entsetzen und Abscheu mußte ich zur Kenntnis nehmen, daß gegen diese Aktiven einer Gewerkschaft die Todesstrafe beantragt worden ist. Die 817 Seiten umfassende Anklageschrift ist dann wohl auch nicht mehr als die Aufzählung gewerkschaftlicher Aktivitäten, wie sie in zivilisierten Staaten üblich und verfassungsgemäß sind und wie sie auch in der Türkei zu den menschlichen Grundrechten gehören.

Ist die Todesstrafe ohnehin eine mehr als fragwürdige Strafe, die weltweit abgeschafft werden sollte, so ist sie ganz gewiß ein Verbrechen, wenn sie aus politischen Gründen angewandt wird.

Ich bitte Sie daher, Ihrer Regierung meinen Protest gegen die für die 52 Angeklagten beantragte Todesstrafe zu übermitteln.

„Wir dürfen nicht schweigen!“

Mit der Forderung „Freiheit für 52 DISK-Gewerkschafter“ kam es im Februar 1982 zu mehreren Solidaritätsaktionen in der Bundesrepublik.

Am 5. Februar 1982, nachdem demokratische Organisationen der Kollegen aus der Türkei und der Bundesrepublik dazu aufgerufen und betont haben „Wir dürfen nicht schweigen“, haben in über 30 Städten der Bundesrepublik Fackelzüge stattgefunden. An den Fackelzügen haben sich Tausende von Demokraten, Antifaschisten und Gewerkschafter beteiligt.

Mehrere Gewerkschafter aus der Bundesrepublik haben in ihren Redebeiträgen zum Ausdruck gebracht, nicht die 52 Gewerkschafter, die sich für die Rechte der Arbeiter und Werk tätigen eingesetzt haben, gehören auf die Anklagebank, sondern die Militärjunta, die seit ihrem Machtantritt alle demokratischen und sozialen Rechte der arbeitenden Bevölkerung schonungslos mit Füßen tritt, demokratische Massenorganisationen und Gewerkschaften verboten, Zehntausende Demokraten eingekerkert und die elementarsten

Menschenrechte mit Füßen getreten hat.

In den Redebeiträgen wurde daran erinnert, daß die Lage der Masse der Bevölkerung in der Türkei katastrophal ist, daß es in der Türkei zur Zeit über sechs Millionen Arbeitslose gibt und daß die Preissteigerungen durch die Wirtschaftspolitik der Junta unerträglich geworden sind.

Außerdem haben die Demonstranten Aufhebung des DISK-Verbotes, Aufhebung der Begrenzung der gewerkschaftlichen Aktivitäten von TÜRKİŞ, Gewährung der vollständigen gewerkschaftlichen Rechte und Freilassung der inhaftierten Demokraten gefordert.

Die Fackelzüge und Solidaritätsaktionen am 5. Februar 1982 waren ein Beitrag zur Internationalen Solidarität, und sie waren wieder ein Zeichen dafür, daß die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik über die Vorgehensweise der Militärdiktatur in der Türkei nicht schweigen wird.

15 Jahre DISK

Aus Anlaß des 15. Gründungstages der DISK haben am 13. Februar 1982 in Essen, Frankfurt, Gelsenkirchen, Bremen und in Oldenburg Solidaritätsabende stattgefunden. Auf den Veranstaltungen in Essen und Frankfurt, zu denen vom Komitee „Solidarität mit DISK“ aufgerufen wurde, haben die DISK-Hauptvorstandsmitglieder Murat Tokmak und Yaşar Arıkan, die sich vor Repressalien der Militärs ins Ausland retten konnten, die politische und ökonomische Situation in der Türkei geschildert. Sie machten darauf aufmerksam, daß ihre Gewerkschaftskollegen sich in Gefängnissen der Junta unter massiven Folterungen und unter unmenschlichen Bedingungen befinden, daß die Angeklagten nicht einmal das Recht haben, sich normal zu verteidigen, daß man alles einsetzen müsse, damit die 52 Gewerkschafter und andere Demokraten vor dem Galgen der Militärdiktatur gerettet werden können. Auf den Solidaritätsveranstaltungen überbrachten die die Veranstaltung mitunterstützenden türkischen und kurdischen Arbeiterorganisationen

KKDK, GERÇEK und FIDEF ihre solidarischen Grüße.

Auf der Solidaritätsveranstaltung in Gelsenkirchen, zu der die DIB-FAK aufgerufen hatte, wurde mit dem 15. Gründungstag der DISK, gleichzeitig auch der 21. Gründungstag der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) gefeiert. In Gelsenkirchen betonte die TIP-Vorsitzende Behice Boran ausdrücklich die Solidarität mit den 52 DISK-Gewerkschaftern, denen die Junta nichts anderes vorwerfen kann als die konsequente Vertretung von Arbeiterinteressen.

Zu allen beiden Solidaritätsveranstaltungen überbrachte auch die Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“ solidarische Grüße und unterstrich die Wichtigkeit von weiteren Aktionen und Notwendigkeit der Einheit der demokratischen Kräfte.

Zahlreiche türkische, kurdische und deutsche Kollegen nahmen an der Solidaritätsveranstaltung in Bremen teil. Gert Borrmann von der IG Metall, der an der Bremer Veranstaltung teilgenommen hat, sagte in seinem Beitrag den Kollegen in der Türkei solidarische Hilfe zu.

Durch eine Demonstration und einen Kulturabend protestierten in Oldenburg der Deutsche Gewerkschaftsbund, der SPD-Ortsverein Stadtmitte, die DKP-Kreisorganisation, die Grünen sowie zahlreiche türkische, kurdische und deutsche Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Betrieben der Region gegen die Bedrohung der Gewerkschafter in der Türkei.

Auf der Kundgebung verurteilten die SPD- und DKP-Ratsherren die Beantragung der Todesstrafe gegen die 52 DISK-Gewerkschafter durch den Militärstaatsanwalt S. Takkeci.

Auf der folgenden Solidaritätsveranstaltung wurde unter anderem die sofortige Freilassung der 52 DISK-Funktionäre, Stopp aller Unterdrückungsmaßnahmen gegen alle inhaftierten Gewerkschafter und Demokraten jeder Nationalität in der Türkei und keine militärische und wirtschaftliche Unterstüt-

zung der türkischen Junta durch die Bundesregierung gefordert. ●



Militärhilfe für die Türkei erhöht

Während gegen Polen, gegen die Sowjetunion und gegen andere sozialistische Länder Wirtschaftssanktionen von dem großen „Menschenrechtskämpfer“ Präsident Reagan in die Wege geleitet werden, wird die militärische und finanzielle „Hilfe“ an das NATO-Land Türkei von den USA drastisch erhöht.

Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, besuchte als erster westeuropäischer Politiker die von einer Militärdiktatur beherrschte Türkei. Es ist wohl bekannt, aus welchem Grund Herr Hans-Dietrich Genscher die Türkei besucht hat. Grund war die sogenannte „Türkei-Hilfe“. Genscher forderte die Generäle dazu auf, einen Wink, „ein sichtbares Zeichen für die baldige Rückkehr zur Demokratie zu setzen“. (Siehe die letzte Dokumentation der Türkei-Informationen, Januar 1982, S. 27.)

Es ist sehr bedenklich an ein Land militärische und „wirtschaftliche“ Hilfe zu leisten, in dem solche Erlässe verabschiedet werden, daß die türkischen Zeitungen künftig in der Türkei keine ausländische Presse zitieren dürfen, die sich mit der Politik der Militärdiktatur kritisch auseinandersetzt. Ebenfalls dürfen die ausländischen Radiostationen und andere Medien nicht zitiert werden, die ständig „Lügen und Haßgefühle“ gegen die Türkei und gegen ihre Führung verbreiten.

Ebenfalls ist es bedenklich, an ein Land „Hilfe“ zu leisten, das die Kommissio-

nen des Europarates nicht mehr besuchen dürfen.

DGB-Jugend: Keine politische Unterstützung

Am 9. bis 11. Februar 1982 in der Klausurtagung des DGB-Bundesjugendausschusses, wandten sich die Delegierten entschieden gegen die Unterstützung durch die Bundesregierung an die Militärdiktatur in der Türkei. So heißt es in dem weitergeleiteten Antrag: „Die militärische Hilfe und die politische Unterstützung durch die NATO und EG-Staaten sind einzustellen. Wirtschaftliche Hilfe muß davon abhängig gemacht werden, daß wieder demokratische Verhältnisse in der Türkei hergestellt werden.“

Eine interessante Entwicklung sieht man in der Politik der US-Regierung und ihrem Präsidenten Mr. Reagan, mit seinen Abgesandten wie Weinberger und Tower, gegenüber der Militärdiktatur in der Türkei.

Die USA erhöht die militärische und finanzielle Unterstützung für die Junta. Im Haushaltsjahr 1983 wird die Unterstützung um 115 Millionen Dollar auf 815 Millionen aufgestockt werden. Außerdem bekommt die Militärjunta von der USA Kredite für Militärausrüstungen in Höhe von 400 Millionen und als wirtschaftliche Unterstützung 300 Mil-

lionen Dollar im laufenden Jahr. An erster und zweiter Stelle werden von der USA Israel und Ägypten unterstützt und jetzt an dritter Stelle die Türkei. Erstaunlich ist diese Entwicklung nicht, anscheinend hat die USA ein anderes „Demokratieverständnis“. Nach den bekannten Aussagen des US-Kriegsministers Caspar Weinberger über die Un-



terstützung der Junta (siehe die letzte Dokumentation der Türkei-Information, Januar 1982, S. 27) hat sich jetzt auch der US-Senator John Tower zu dieser Frage geäußert. Tower war am 17. Februar 1982 zu Besuch in der Türkei. Er traf in Ankara General Kenan Evren, Ministerpräsident Bülent Ulusu und Außenminister İler Türkmen. So heißt es in der Frankfurter Rundschau vom 18. Februar 1982: „Als er vor Journalisten nach seiner Meinung zu den Anschuldigungen gefragt wurde, in denen die türkische Militärregierung der Verletzung von Menschenrechten beschuldigt wird, sagte der texanische Senator, er glaube Leuten nicht, die vom Ausland her ‚unziemlich und ungehörigen Druck‘ auf die Türkei ausüben, um dadurch ‚den Übergang zu einer zivilen Regierung zu stören‘. Sorge über angebliche Menschenrechtsverletzungen in der Türkei kämen meist von ‚linksgerichteten Elementen in Europa‘, während ‚vernünftigerer Politiker‘ Verständnis für die Lage in der Türkei zeigten, sagte Tower.“

Nach Aussagen des US-Senators Tower müßte der Europarat „ein linksgerichtetes Element“ sein.

ZCZC ADN 062 1652 00 APL
USA-FLUGZEUGE FUER TUERKISCHE MILITAERDIKTATUR
W A S H I N G T O N , 1. FEBR. 82 ADN - DAS TUERKISCHE MILITAER-
REGIME WILL VON DEN USA 291 KAMPFFLUGZEUGE DES NEUEN TYP S F-16 ODER
F-18 KAUFEN, BERICHTET DPA AUS WASHINGTON. DIESES RUESTUNGSGESCHAFT
SEI IN ERGEBNIS DES VOR ZWEI MONATEN ERFOLGTEN BESUCHES VON
USA-VERTEIDIGUNGSMINISTER CASPAR WEINBERGER ZUSTANDEGEKOMMEN, BEI
DEN ER DEN TUERKISCHEN NATO-MILITAERS DIE VOLLE UNTERSTUETZUNG DER
USA ZUGESAGT HATTE. ++ SJS 0063

NNNN

Weitere Maulkorberlasse

Die Militärdiktatur in der Türkei fuhr am 6. Februar 1982 mit ihrer „Art und Weise“ um „Recht und Ordnung“ wiederherzustellen weiter fort. Folgendermaßen lautete ein Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 8. Februar 1982: „Die türkische Militärregierung hat das Kriegsrecht im Land weiter verschärft. Zehn Tage nach der Verurteilung Ankaras durch das Europäische Parlament beschlossen die Militärs am Wochenende Maßnahmen, die die „äußere Einmischung in türkische Angelegenheiten“ beenden und die diejenigen Organisationen unterdrücken sollen, die nach Meinung der Regierung der türkischen Außenpolitik Schaden zufügen.“ Anscheinend betrachtet der General Evren und der „Nationale Sicherheitsrat“ die Resolutionen und Beschlüsse des Europäischen Parlaments über die Türkei als „äußere Einmischung“. Durch den Erlaß des „Nationalen Sicherheitsrates“ werden die Kriegsrechtsbestimmungen noch mehr verschärft, insbesondere die Punkte ausländische, inländische Presse und andere Massenmedien; die türkischen Zeitungen dürfen seit dem 6. Februar 1982 keine ausländische Presse mehr zitieren, die sich mit der Politik der Junta kritisch auseinandersetzt, ausländische Radiostationen und andere Medien, die ständig „Lügen und Haßgefühle“ gegen die Türkei und die Militärs verbreiten. Der zweite Punkt des Erlasses befaßt sich mit den Vereinigungen und Berufsverbänden der Türkei.

In dem Kommuniqué des „Nationalen Sicherheitsrates“ wurde betont, daß zur Zeit immer noch einige Vereinigungen, Organisationen, Gewerkschaften und Berufsverbände gegen die Interessen des Landes handeln und sogar gegen die Innen- und Außenpolitik des Staates „Verräterkreise“ herausbilden. Außerdem wird betont, daß diese Organisationen sich unter der Kontrolle von „böartigen extremistischen“ Personen befinden, die die „innere und äußere Sicherheit und Interessen des Landes gefährden“.

Besonders wird die Anwaltskammer von Istanbul angegriffen. Nach Aussagen des „Nationalen Sicherheitsrates“ soll dieser juristische Berufsverband gegen die internationalen Beziehungen des Landes gehandelt und das „edle Recht auf Verteidigung“ als „politisches Instrument“ benutzt haben.

Eindeutig wird hier versucht, in der Türkei das juristische Verteidigungssystem – das ohnehin beschränkt war – abzusagen.

Nachdem General Evren mitgeteilt hatte, daß Ankara sich nicht an die jüngste Resolution der parlamentarischen Versammlung des Europarates gebunden fühlt, in der unter anderem gefordert worden war, die Türkei solle vor die Menschenrechtskommission zitiert werden, gab das Außenministerium bekannt, daß die Delegationen des Europarates künftig die Türkei nicht mehr besuchen dürfen. Die Gruppen oder Delegationen können nur noch unter der Bedingung ins Land kommen, daß sie auf privater Basis reisen und um keinerlei Gespräche bei den Behörden nachsuchen. In einem anderen Erlaß heißt es weiter, die ehemaligen Vorsitzenden der seit letzten Herbst verbotenen politischen Parteien und zur Zeit noch bestehenden Vereinigungen dürfen sich zu der Verfassung – die neu konstituiert werden soll – nicht äußern.

Der Kriegsrechtskommandeur von Istanbul betonte nochmal ausdrücklich, daß die gewerkschaftlichen Aktivitäten begrenzt sind. Das Verbot öffentlicher

Kommentare, Kritik am Kriegsrecht und Propaganda am Arbeitsplatz wurde ebenfalls ausdrücklich hervorgehoben. So heißt es in dem Erlaß des „Nationalen Sicherheitsrates“:

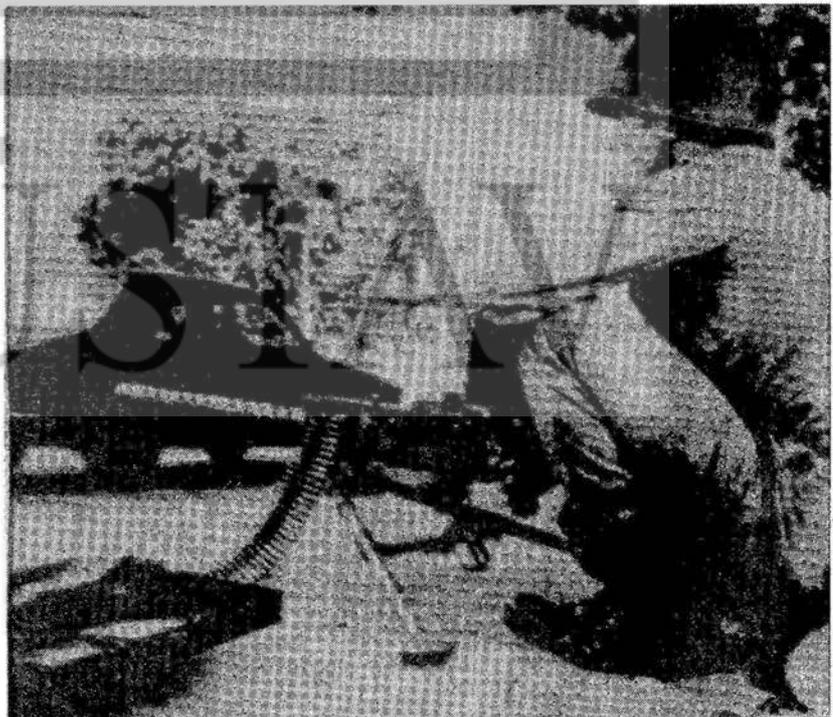
1. Vereinigungen, Berufsverbände, Gewerkschaften, Institutionen und andere Organisationen dürfen nur mit der Erlaubnis des örtlichen Kriegsrechtskommandeurs Vertreter oder Delegationen von offiziellen oder inoffiziellen Institutionen aus dem Ausland einladen, mit denen Seminare, Konferenzen oder aus anderen Gründen Versammlungen veranstalten.

2. Diese Delegationen oder Personen, die in unser Land einreisen, dürfen nur mit der Erlaubnis des örtlichen Kriegsrechtskommandeurs mit Vereinigungen, Berufsverbänden, Gewerkschaften und anderen Institutionen Beziehungen aufnehmen und Versammlungen veranstalten.

3. Die sich im Ausland befindenden Radiostationen und Presseorgane, die ständig Lügen und Haßgefühle gegen die Türkei und ihre Führung verbreiten, Berichte, die die Türkei berühren, dürfen nicht durch die Presse zitiert werden.

Es ist sehr fragwürdig, ob diese oben ausgeführten neuen Erlasse und die letzten Verhaftungen gegen Juristen wie Orhan Apaydin, gegen Künstler wie Ataol Behramoğlu und andere zahlreiche bekannte Persönlichkeiten, die Mitglieder des Friedenskomitees waren, die sich in der Türkei für Recht und Frieden eingesetzt haben, ein Wink zur „Rückkehr zur Demokratie“ sind. ●

Junta-Soldaten im NATO-Land Türkei



Caspar Weinberger in Ankara

Militärischer Gemeinschaftsrat

Der Verteidigungsminister der Reagan-Regierung, Caspar Weinberger, besuchte die Türkei Anfang Dezember des vergangenen Jahres. Als Grund für seinen Besuch wurde die Gründung eines „Militärischen Gemeinschaftsrates“ angegeben, der eine intensivere und wirksamere Durchführung des zwischen der Türkei und den USA geschlossenen „Vertrags für Zusammenarbeit im Verteidigungsfall“ realisieren soll.

Dieser militärische Rat wird die Koordinierung der gemeinschaftlichen Verteidigungsaktivitäten auf höchster Ebene, die Festlegung und Praktizierung der Verteidigungspolitik, die sich nach den aktuellen internationalen Entwicklungen richtet, zur Aufgabe haben.

Am 3. Dezember 1981 landete Weinberger auf dem Militärflughafen in der Hauptstadt Ankara. Er wurde von seinem Amtskollegen, dem Minister für Nationale Verteidigung, Bayülken, empfangen.

Schon am Flughafen verkündete Bayülken in seiner Rede die Bereitschaft der türkischen Militärs, eine führende Rolle im Nahen Osten als Vorposten der USA zu übernehmen. Er äußerte aber gleichzeitig den Glauben der Militärs, daß ein solches Engagement auf Gegenseitigkeit beruhen würde:

„Die Türkei bemühte sich schon immer, ein Bestandteil des Friedens und der Stabilität in ihrer Region zu sein und eine Politik zu verfolgen, die vom Recht und Prinzip der gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarn ausgeht. Dabei sind wir uns dessen bewußt, daß eine ökonomisch und militärisch starke Türkei eine große Bedeutung sowohl für sich als auch für ihre Freunde und Verbündeten hat, indem sie einerseits durch die Zusammenarbeit für den Frieden und die Aufrechterhaltung der Stabilität in der Region ihren Beitrag leistet, aber andererseits auch gegenüber eventuellen Angriffsabsichten einen Abschreckungsfaktor darstellt.

Die Türkei erhält mit Genugtuung den unterstützenden Beitrag ihrer Freunde für eine ökonomisch und militärisch starke Türkei.“

Bayülken pries die Bindungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den USA und der Türkei, be-

kräftigte seinen Glauben daran, daß die Reagan-Regierung zu der Verstärkung der bestehenden Bindungen noch mehr beitragen wird.

Der US-Verteidigungsminister äußerte die Ansicht, daß es seiner Regierung große Freude bereiten würde, wenn Bruderländer wie die Türkei, Pakistan und Saudi-Arabien für den Aufbau einer gemeinschaftlichen Verteidigungsindustrie miteinander Doppelverträge schließen würden.“

Die Bemühungen der US-Regierung, mit den Ländern im Nahen Osten und Südwestasien gegenüber der „sowjetischen Bedrohung“ Doppelverträge für die gemeinschaftliche Verteidigung zu schließen, zielen eindeutig darauf, die Sowjetunion einzukreisen, was von der sich liberal artikulierenden Öffentlichkeit der Türkei durchaus nicht freudig begrüßt wird.

So kam es u. a. zu dem Artikel des Kolumnisten Barlas vom 6. Dezember 1981 in der liberalen Tageszeitung „Milliyet“, in dem er seine Skepsis gegenüber dem Besuch Weinbergers offen zur Sprache brachte:

„... Aus diesen Gründen befindet sich ein bedeutender Teil der türkischen Öffentlichkeit in der Lage, die Ankara-Reise Weinbergers mit Besorgnis zu beobachten. Es gibt viele, die den eigentlichen Grund dieses Besuchs in einem Druck auf Ankara sehen.

Nach dieser Meinung wird der Verteidigungsminister der USA auf Ankara Druck ausüben, in der Nahostpolitik

Caspar Weinberger wird auf dem Militärflughafen in Ankara vom türkischen Verteidigungsminister H. Bayülken empfangen



der USA endgültig teilzunehmen, indem er mehr Militärhilfe verspricht. Sogar von einer Stationierung der amerikanischen Schlagtruppe namens ‚Schnelle Eingreiftruppe‘ in der Türkei ist die Rede. Anlaß genug, wie wir meinen, daß alle ihre Heimat liebenden Intellektuellen an diesen Befürchtungen Anteil nehmen... Außerdem verstärkte der Vorschlag Reagans gegenüber den Sowjets für eine ‚Null-Lösung‘ – nach der Theorie eines ‚begrenzten nuklearen Krieges‘ – eine totale Abwendung, die Atmosphäre des Mißtrauens.

Kurz gefaßt: Ankara wird wohl nicht die Route Washingtons in Fragen wie der Nahostpolitik verfolgen, während die USA selbst nicht wissen, was sie sagen.“ Barlas macht in seinem Artikel auch darauf aufmerksam, daß die Außenpolitik der Türkei nicht nur aus den Verhandlungen zwischen den USA und der Türkei bestehen könne.

Harmonisierung im „Falle der Verteidigung“

Die Militärherrscher in der Türkei teilen diese Meinung nicht.

So wurde am zweiten Tag der Verhandlungen beschlossen, daß für eine reibungslosere, wirksamere und schnellere Funktion des zwischen den beiden Staaten geschlossenen „Vertrages für Zusammenarbeit im Verteidigungsfall“ entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Diesbezüglich wird ein „Militärischer Gemeinschaftsrat“ mit den Beauftragten der Außen- und Verteidigungsministerien beider Staaten installiert, der sich je nach Bedarf zusammensetzen wird. „Er wird den aktuellen Entwicklungen entsprechend politische Entscheidungen und Maßnahmen treffen, die Verzögerungen in der gemeinschaftlichen Verteidigung beseitigen und die Verteidigungsfragen zwischen beiden Ländern harmonisieren sollen.“

Gemeinsame Erklärung

Zu einer Zeit, in der in der Türkei 52 DISK-Gewerkschafter mit der Todesstrafe bedroht werden, zu einer Zeit, in der TKP-Prozesse von der Junta scharf vorangetrieben werden, für 80 TIP-Funktionäre schwere Freiheitsstrafen beantragt wurden und noch weitere Zehntausende Demokraten vor Militärgerichten der Junta stehen, zu einer Zeit, in der Folterungen und politische Unterdrückung an der Tagesordnung sind, haben im Februar 1982 die drei Arbeiterparteien der Türkei, die Arbeiterpartei der Türkei (TIP), die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) und die Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei (TSIP) eine gemeinsame Erklärung beschlossen und einen gemeinsamen Aufruf veröffentlicht.

Die drei Parteien haben die Situation auf nationaler und internationaler Ebene bewertet und Erfahrungen ausgetauscht. Sie haben die Probleme der politischen Einheit der Arbeiterklasse und einer breiten Front analysiert und die Möglichkeiten der Aktionseinheit für konkrete Ziele untersucht.

„Alle drei Parteien“, so heißt es in der Erklärung, „haben beschlossen, die Beziehungen miteinander ab sofort zu koordinieren, die politische Kampagne, die sie gegen die Junta, gegen den Imperialismus und gegen die Monopole führen, im Rahmen der Möglichkeiten in einem Programm zu koordinieren oder zu vereinheitlichen. Damit der Kampf noch breiter und stärker wird, muß die Grundlage für eine breite Front geschaffen werden. Für dieses Ziel müssen die Prinzipien, Bereiche und Ziele der Front bestimmt werden. Damit alle patriotischen Kräfte an dieser Front teilnehmen, muß die ganze Kraft eingesetzt werden. Die Parteien werden ihre gemeinsame Arbeit auf der Basis der Gleichheit weiterführen.“

Meinungsverschiedenheiten überwinden

TIP, TKP und TSIP waren der Meinung, daß sie ihre Meinungsverschiedenheiten im Prozeß der Zusammenarbeit überwinden können, und so heißt es weiter in der Erklärung: „Alle drei Par-

teien haben beschlossen, eine Reihe gemeinsamer Symposien über ideologische und politische Themen zu organisieren. Alle drei Parteien sind der Meinung, daß ihre Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der brüderlichen Zusammenarbeit, in Kämpfen der Arbeiter und der werktätigen Massen und im Prozeß der Aktionseinheit überwinden können.“

Aus dem gemeinsamen Aufruf, den die drei Parteien veröffentlicht haben, geht hervor, daß die internationale Lage und Hochrüstungspolitik seitens der USA verschärft wird. Weiterhin wird in dem Aufruf ausdrücklich betont, daß Reagans Kriegspolitik die Gefahr eines Nuklearkrieges heraufbeschwört. So heißt es im Aufruf: „Die Ansicht der USA, ‚wonach ein begrenzter nuklearer Krieg‘ möglich sei, führt dazu, daß ein nuklearer Weltkrieg zu einer realen Gefahr wird.“ Weiterhin heißt es: „Die brennendste Frage der Gegenwart ist die Verhinderung eines nuklearen Krieges und die Erhaltung des Weltfriedens.“

Keine Stationierung der Atomraketen

Außerdem betonen die Parteien, daß die UdSSR und die sozialistische Staatengemeinschaft eine reale Kraft für den Frieden darstellen. Weiterhin wird

betont, daß die USA, trotz weiterer Normalisierung in Polen, viel Wirbel machen, um ihre eigene aggressive Politik zu verdecken, und daß hinter der konterrevolutionären Bewegung in Polen die USA stehen.

Was die Politik der USA gegenüber dem Mittleren Osten und der Türkei betrifft, geht aus dem Aufruf hervor: „Das Pentagon, das im Rahmen seiner expansiven Ziele im Mittleren Osten für seine ‚Eingreiftruppen‘ unser Land nutzen und auf unserem Boden seine Stützpunkte erweitern will, schmiedet geheime Pläne, nach Westeuropa auch in der Türkei neue Atomraketen zu stationieren.“

In dem Aufruf wird die Politik der Junta und die Politik der US-Regierung gegenüber den Militärdiktatur dargelegt. Es wird betont, daß in der Türkei die elementarsten Menschenrechte auf brutale Art verletzt werden, daß 52 DISK-Gewerkschafter mit der Todesstrafe bedroht sind, daß Zehntausende von Demokraten eingekerkert sind, massenhafte Folterungen stattfinden und die massive Unterdrückung des kurdischen Volkes die Politik der Junta widerspiegelt. So heißt es: „Für allen brutalen Mord, für Unterdrückung und Terror der Junta ist auch die Reagan-Administration verantwortlich.“

Kampf gegen die Junta verstärken

Abschließend rufen die drei Parteien, TIP, TKP und TSIP, alle „Volkskräfte dazu auf, den Kampf um Frieden, Brot, Arbeit, Boden, Freiheit, Demokratie und nationale Unabhängigkeit gegen die Junta zu verstärken und sich zu vereinigen.“

In dieser schwierigen und harten Situation der demokratischen Kräfte in der Türkei ist dieser Schritt der Arbeiterpartei der Türkei, Kommunistischen Partei der Türkei und der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei von entscheidender Bedeutung im Kampf für Frieden, Demokratie und für die Wiederherstellung der elementarsten Menschenrechte.



Nazim Hikmet zum 80. Geburtstag



Anfang 1982 wäre der große Dichter und Friedenskämpfer Nazim Hikmet 80 Jahre alt geworden. Schwere Krankheiten, entstanden während seiner 13jährigen Haft in türkischen Gefängnissen, haben seinem Leben schon 1963 während seines Exils in Moskau ein Ende bereitet.

Daß er so lange gelebt hat, daß er im Gefängnis überhaupt überleben konnte, war nur durch seinen unermüdlichen Kampfesgeist möglich. Kaum jemand hat durch sein poetisches Werk, entstanden unter Folterhaft und Terror, wohl so viel für den Frieden, für den Kampf der Völker um Freiheit und Unabhängigkeit und nicht zuletzt für die Kunst seines Volkes getan. Anna Seghers schrieb:

„Der furchtbare Ernst seines Lebens ist in seinem schönen frohen Gesicht zu einem Lächeln geworden und zu Zuversicht und zu sanftem Spott in seinen Dramen und Liedern. Er hat immer in

Freiheit und im Kerker gedichtet, wofür er gelebt hat: Für den Frieden. Ob der Friede das sanfte Gesicht einer Frau annimmt oder das harte entschlossene eines Schmiedes oder eines Matrosen, ob der Friede der Sonne selbst gleicht oder einem unentdeckten Stern, den man morgen durchstreifen wird, geschützt muß der Friede werden, wie Hikmet ihn schützt.“

Die Biographie eines Friedenskämpfers und Poeten

Nazim Hikmet wurde 1902 in Saloniki geboren. Kurze Zeit nach seiner Geburt siedelt er mit seinen Eltern nach Ostanatolien um. Schon mit elf Jahren schreibt Nazim Hikmet sein erstes Gedicht, „Schreie der Heimat“, 1917 beginnt Nazim Hikmet das Studium an der Marineschule. Hier schreibt er viele Gedichte, skizziert Stücke, und schon 1918, mit 16 Jahren, veröffentlicht er sein erstes Gedicht, „Yeni Mecmua“. Die nächsten Jahre seines Lebens sind prägend für sein politisches Denken und Handeln. Die Oktoberrevolution hat großen Einfluß auf sein Leben, und bald beginnt er, für bessere Zustände in seinem Heimatland zu kämpfen. Seine Aktivitäten zwingen ihn, sein Heimatland bis 1925 das erste Mal zu verlassen.

Seine literarische und politische Arbeit wird aber für den türkischen Staat immer gefährlicher, und so wird er bald darauf in Abwesenheit zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Hikmet muß die Türkei ein zweites Mal verlassen. 1927 werden in der UdSSR seine Gedichte in russischer Sprache veröffentlicht. 1928, Nazim Hikmet will zurück in die Türkei, wird er an der Grenze verhaftet und verbüßt eine siebenmonatige Haftstrafe.

Bald begegnet er Sabahattin Ali, der zu jener Zeit maßgebender Dichter des kritischen Realismus in der Türkei war. Mit der Veröffentlichung der „835 Zeilen“ 1929 in Istanbul beginnt der für die

türkische Literatur umwälzende Einfluß von Nazim Hikmets Gedichten und Theaterstücken. War die türkische Literatur bisher den strengen orientalischen Stilregeln verhaftet, so mußte man nun erkennen, daß auch ungereimte, unkompliziert klingende Poesie in türkischer Sprache eine Existenzberechtigung hatte – sie hatte sogar großen Erfolg!

Aus Hikmets Gedichten und Versen kann man lernen:

Hikmets späterer Rechtsanwalt Saffet Nezih Böllükbaşı erzählt:

„Die Monatszeitschrift Aydinlik

ist erschienen.

Wer die Märchen satt ist,
soll Aydinlik lesen!“

(...) Wer das Plakat entworfen hatte, was für eine Zeitschrift damit angepriesen wurde, war uns unbekannt. Aber die ungewohnte Anrede empfanden wir als sehr reizvoll.

Unser Türkischlehrer hieß Irfan Emin Kösemihaloglu. Er war gleichzeitig Rechtsanwalt und unterschied sich von allen unseren Lehrern. Während der Pausen hielt er sich nicht wie die anderen Lehrer im Lehrerzimmer auf, sondern kam in den Schulgarten und führte Gespräche, an denen uns sehr viel gelegen war. Als er wieder einmal mitten unter uns Schülern eines seiner Gespräche führte, sagte Fuat jene Anzeige auf, die ihn nicht losließ, seitdem er sie zum ersten Mal gelesen hatte. Daraufhin hielt unser Lehrer inne und fragte: „Kinder, wißt ihr, von wem dieses schöne Gedicht stammt?“ Gedicht! Daß unser Lehrer jene Zeilen als Gedicht bezeichnete, überraschte uns. Bis dahin hatten wir einen vollkommen anderen Begriff vom Gedicht gehabt! Entweder waren die uns bekannten Gedichte in klassischen Versmaßen der osmanischen Kulturtradition oder in den modernen Silbenmaßen geschrieben, aber auf jeden Fall mit Reim. Gedichte hatten für uns vorgeschriebene starre Formen (...) Die von Fuat zitierten Zeilen erinnerten uns an die Sprüche, denen wir als Kinder in den Märchen begegnet waren, die durchaus reizvoll klangen,

weil ohne Versmaß, doch nicht Gedichte sein konnten. (...) Unser Lehrer indessen fuhr fort:

„Wir haben einen sehr jungen Dichter namens Nazim Hikmet. Er ist der größte Dichter, der je in türkischer Sprache gedichtet hat. Das mag momentan meine persönliche Meinung sein. Doch, gebt acht, jedermann wird in Kürze seine Größe anerkennen.“

Seine Größe wurde anerkannt – nur auf verschiedene Weise. Die Regierung läßt Hikmet 1932 verhaften. Er wird zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, wird aber 1935 aufgrund einer allgemeinen Amnestie freigelassen. Hikmets Freiheit währt nicht lange: Seine Romane, Theaterstücke und Gedichte sind inzwischen nicht nur in der Türkei populär geworden – er wird immer gefährlicher. Und so verhaftet man Nazim Hikmet 1938 unter dem Vorwand der Aufhetzung zur Meuterei – der Beginn seiner 13 Jahre lang währenden Haft in türkischen Gefängnissen und Kerkern.

Seine Poesie wird zum schärfsten Kampfmittel für Freiheit und gegen Unterdrückung während der Haft.

Vor seiner Verurteilung zu 15 Jahren Haft muß Hikmet 40 Tage Einzelhaft im Dunkeln überstehen. Der Folter nicht genug: Militärgefängnisse und Einzelhaft in einem mit Unrat gefüllten Lagerraum eines Zerstörers sollen ihn physisch wie psychisch zum Schweigen bringen. Ein Jahr später, 1939, wird ihm ein zweites Mal der Prozeß gemacht: Verurteilung zu nun insgesamt 28 Jahren und vier Monaten Gefängnis.

In Bursa, einem Zivilgefängnis, verbüßt er ab 1940 seine Strafe: Schon von Krankheit gezeichnet, entstehen hier die „Menschenlandschaften“ und viele andere Werke, die ihm und seinen Mitkämpfern Mut und Kraft geben. Sein Leben in den Gefängnisse prägt aber auch seine Mitgefangenen. Sie erleben einen nie müde werdenden immer wieder sich aufrichtenden, kämpfenden

N. Hikmet und O. Kemal im Gefängnis von Bursa



Dichter, egal, ob er gerade schwere Krankheiten durchstehen muß oder ob ihn die Sorgen um seine Familie aufzufressen drohen. Ein wichtiges und sowohl für Nazim Hikmet als auch für seine Mitgefangenen und Freunde fruchtbares Wechselspiel beginnt.

Er, der Poet, lernt von seinen Mitgefangenen alles über sein Volk, das Leben, das es führen muß, wie es unterdrückt wird. Er lernt viel über die Volkskunst, über türkische Schicksale. Aber er gibt auch seine Erfahrungen weiter: Seine Mitgefangenen lernen Französisch, beginnen, mit seiner Hilfe, selber zu schreiben, zu malen, werden selber Künstler. Er, der Poet, lernt in Bursa zu weben, und diese Arbeit wird unter seinen Händen ebenfalls zur Kunst. Dafür lehrt er seine Kollegen, wie man genossenschaftlich arbeiten und produzieren kann, und bald entsteht im Gefängnis von Bursa eine konkurrenzfähige genossenschaftlich arbeitende Weberei, die den umliegenden Webereien standhält. Auf diese Weise kann er sich, seinen Mithäftlingen und seiner Familie die Existenz sichern.

Nur indirekt von den Wirren des 2. Weltkrieges betroffen, erfährt Nazim Hikmet, auch im Gefängnis von den

Kriegen und den Bedingungen, unter denen die Völker der Welt zu leiden haben. Kann er zwar nicht selber gegen all dies kämpfen, so erkennt er doch aber, daß er mit seinen Gedichten, Theaterstücken und Romanen kämpfen kann.

Der Internationalist Nazim Hikmet

Im Gefängnis entstehen Gedichte für den Frieden in Japan, Afrika, Asien und anderen Ländern der Welt, in denen Krieg und Faschismus herrschen. Sein gesundheitlicher Zustand verschlimmert sich zusehends: Herzanfälle, Nierenerkrankungen und seelische Leiden werden immer schlimmer.

„Du hast uns gelehrt, die Menschen zu lieben, wir werden auch für deine Freiheit kämpfen.“

Seit 1946 werden immer mehr Gedichte und Stücke von Nazim Hikmet, aus dem Gefängnis geschmuggelt, in der Welt veröffentlicht. Sie werden in viele Sprachen übersetzt, nur in seinem Heimatland ist die Verbreitung seines Werkes so gut wie unmöglich. Bisweilen er-

MEIN HERZ

Ich blute aus fünfzehn Wunden,
in meine Brust stieß man fünfzehn Messer
mit schwarzem Knauf,
doch mein Herz schlägt weiter,
es hört nicht zu schlagen auf.

Ich blute aus fünfzehn Wunden,
um diese fünfzehn Wunden leckten
die dunklen Wellen wie glitschige schwarze Schlangen
Ertränken will mich das schwarze Meer,
ertränken will mich
das Wasser, blutig und schwer.

In meine Brust stieß man fünfzehn Messer
mit schwarzem Knauf,
doch mein Herz schlägt weiter,
es hört nicht zu schlagen auf.

Ich blute aus fünfzehn Wunden,
fünfzehnfach durchstieß man mein Herz
und dachte, es schließe nun nicht mehr vor Schmerz,
doch mein Herz schlägt weiter,
es hört nicht zu schlagen auf.

Fünfzehn Flammen schlugen aus meinen Wunden,
in meiner Brust zersplitterten fünfzehn Messer
mit schwarzem Knauf,
wie eine blutige Fahne
lodert mein Herz,
lodert hoch auf.

scheint ein Gedicht in der Zeitung „Yigin“ oder „Gün“ – zensiert und unter falschem Namen.

1949 beginnt, ausgehend von Frankreich, eine weltweite Kampagne und Bewegung, die für Frieden und für die Freilassung Nazim Hikmets eintritt. Es wäre an dieser Stelle nicht möglich, alle Namen und Organisationen zu nennen, die versucht haben, die türkische Regierung dazu zu bewegen, Nazim Hikmet und andere inhaftierte Friedenskämpfer freizulassen. Es seien nur einige genannt: Pablo Neruda, Jean Paul Sartre, Bert Brecht, Louis Aragon, Joliot-Curie, die UNESCO, Weltfriedenskomitees, Schriftstellerverbände aus aller Welt. Zur gleichen Zeit erfährt Nazim Hikmet vom Schicksal des amerikanischen Sängers Paul Robeson, den man lynchen wollte. Er schreibt ihm ein Gedicht:



„Sie haben Angst vor der Hoffnung, Robeson, Angst vor der Hoffnung, vor der Hoffnung. Sie haben Angst mein Kanarienvogel mit Adlerschwingen, Sie haben Angst vor unseren Liedern.“ Robeson rief auf:

„Wir müssen in den USA alles mögliche unternehmen und die türkische Regierung zwingen, Nazim freizulassen. Alle fortschrittlichen Kräfte der amerikanischen Nation müssen sich zusammenschließen, um diesen großen Dichter zu befreien. Unsere Schriftsteller, Maler und Intellektuellen, die die amerikanische Nationalkultur wirklich lieben, müssen ihre Stimme zum Protest erheben. Sowohl diejenigen, die diese Stimme zum Schweigen bringen wollen, als auch Nazim werden unsere Stimme hören. Wenn wir sofort in Aktion treten, können wir den großen nationalen Dichter befreien, für die Werktätigen der Türkei, für die USA und für die ganze Welt.“

Pablo Neruda, dessen Gedichte Nazim Hikmet erst in Freiheit kennenlernte, sagte auf der Feier zur Vergabe des Weltfriedenspreises:

„Seine Gedichte sind stark wie ein über-

schäumend strömender Fluß; die stählerne Brandung dieses Stromes ergießt sich sprühend in den Kampf. Die Jahre, die er im Gefängnis verbracht hat, reichen ihm zu Nutzen. Die Worte seiner Lyrik sind von erhabener Größe. Seine Stimme wurde zu der des Erdballs. Ich bin stolz, daß in diesem entscheidenden Augenblick, in dem der Kampf für den Frieden eröffnet wird, meine Gedichte neben den seinen stehen.“

Auch in der Türkei werden die Stimmen derjenigen immer lauter, die sich für die Freilassung Hikmets einsetzen. Eine Zeitschrift mit dem Titel „Nazim Hikmet“ wird vertrieben, und alle möglichen anderen Formen der Solidaritätsbekundungen werden gewählt, um die Regierung unter Druck zu setzen. Aber erst eine Wahl und ein wochenlanger Hungerstreik Nazim Hikmets bedingen schließlich die Freilassung des großen Dichters.

Im Wahlkampf versprach die Demokratische Partei bei Wahlbeginn eine allgemeine Amnestie. Sie gewann die Wahlen, die Amnestierung wurde aber immer wieder hinausgezögert. Nazim Hikmet trat darauf in den Hungerstreik, mit ihm seine Kollegen Veli, Anday und Rifat. Am fünften Tage seines Hungerstreikes schreibt er das Gedicht „Der 5. Tag des Hungerstreiks“. Hikmet muß in ein Hospital überführt werden, da sein Gesundheitszustand immer schlechter wird. Viele Freunde und Mitgefangene veranlassen ihn, seinen Hungerstreik bis zur Regierungsbildung zu unterbrechen.

Nach über zwölf Jahren Haft wird Hikmet am 14. Mai 1950 freigelassen.

Exil

Aber diese Freiheit währt nicht lange! Kurz nach seiner Freilassung tritt die türkische Regierung dem Koreakrieg



N. Hikmet beim Empfang des Friedenspreises 1951 in Prag

bei. Für Nazim Hikmet hieß dies Einberufungsbefehl und damit Flucht aus seinem Heimatland.

Gezeichnet von jahrelanger Haft und Krankheit beginnt Nazim Hikmet ein Leben im Exil, gleichbedeutend mit dem aktiven Kampf für Frieden und Freiheit in der Welt. Endlich lernt er seine Mitkämpfer, die ihn mit ihren Aktionen solidarisch unterstützt hatten, kennen. Die großen fortschrittlichen Schriftsteller und Künstler des 20. Jahrhunderts erleben Nazim Hikmet beim Weltjugendfestival in Berlin, bei Friedenskongressen und anderswo.

In der UdSSR werden schon länger Stücke von Nazim Hikmet aufgeführt, seine Gedichte werden zu Liedern vertont und überall gesungen.

Nazim Hikmet schreibt weiter: Stücke wie „Hat Iwan Iwanowitsch wirklich gelebt“ und „Trotz alledem“, Gedichtsammlungen wie „Vierzig Jahre“, „Parin, meine Rose“ und vieles mehr erscheint auf den Literaturmärkten. Am 3. Juni 1963 verstirbt Nazim Hikmet in Moskau. 1964 werden seine Gedichte nach 28jährigem Verbot in der Türkei veröffentlicht.

REPORTAGE VON TANGANYIKA

Zehnter Brief

Ich legte mein Ohr an die Erde,
hörte der Erde Afrikas zu,
ein Brummen kommt aus Uganda, aus Moçambique,
in Südafrika lassen die dunklen Füße mit rosaroten Sohlen
zornig die Ketten rasseln,

die Wälder Angolas brüllen wie grüne Löwen blutüberströmt.
Seine letzten Kämpfe liefert der Imperialismus,
ob mit Waffe, mit Kerker, mit Präfekt.

Ich habe meinen Kopf aufgerichtet und sehe:
Afrika steht an der Kreuzung zweier Wege . . .
es gibt den Weg, der sich dreht und windet und
wieder in die Gefangenschaft führt,
es gibt den Weg, der in die große Freiheit
der großen Brüderlichkeit führt.

AN DIE SCHRIFTSTELLER ASIENS UND AFRIKAS

Meine Brüder,
sind meine Haare auch blond,
bin ich dennoch Asiat,
sind meine Augen auch blau,
bin ich doch Afrikaner.
Auch bei uns werfen die Bäume
keinen Schatten auf ihren Stamm,
genau wie bei euch.
Zwischen den Zähnen der Löwen steckt unser Brot
Drachen belauern die Quellen,
du stirbst, ehe du fünfzig bist,
genau wie bei euch.

Sind meine Haare auch blond,
bin ich dennoch Asiat,
sind meine Augen auch blau,
bin ich doch Afrikaner.
Auch bei uns können achtzig Prozent nicht schreiben
die Gedichte fliegen als Lieder von Mund zu Mund
und werden manchmal Fahnen,
genau wie bei euch.

Meine Brüder,
spannen wir unsre Lieder
zu den halbverhungerten Ochsen,
daß sie mit ihnen die Erde umbrechen
und bis an die Knie im Schlamm
durch Reisfelder waten!

Alle Fragen stellen muß unser Gedicht,
anzünden jedes Licht,
ein Meilenstein
auf jedem Weg sein!
Unsre Verse müssen den lauenden Feind
als erste entdecken
und auf Tamtams trommeln im Dschungel!
Und solange es auf der Erde
noch ein einziges ausgebeutetes Land,
noch einen einzigen Sklaven gibt,
solange am Himmel noch eine Atomwolke steht,
müssen sie alles hingeben für die Freiheit:
Gedanken, Seele und Herz.

Über Nazim Hikmet und sein Werk:

Alfred Kurella:
„Seine Waffe war die Dichtung. (...) Seit Jahren gehen seine Gedichte in seinem Heimatland von Mund zu Mund und werden in Abschriften und illegalen Ausgaben von Haus zu Haus, von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt weitergegeben. Als Nazim Hikmet vor einigen Jahren in Leipzig vor einem Auditorium von Studenten sprach, trug er eines seiner Gedichte in türkischer Sprache vor. Wir waren alle wie gebannt bei dieser Vorlesung. Niemand hatte geahnt, welch musikalischer Reichtum in dieser Sprache steckt. Wir verstanden kein Wort, aber wir begriffen, daß solche Verse das Ohr und das Herz des Menschen erreichen können, und wir verstanden es noch besser, als er uns den N. Hikmet mit Anna Seghers und Kurt Stern

Inhalt der Gedichte erklärte.“
Viktor Kommissarjevski:
„Meine Freundschaft mit Nazim hat über das Theater begonnen. Ich habe seine Stücke arrangiert; wir haben sogar versucht, eine Zeitlang gemeinsam für die Bühne zu schreiben. Das hat aus mir keinen dramatischen Autor gemacht, aber es hat mir geholfen, Hikmets Theater besser zu verstehen.“
Angel Miguel Asturias:
„Die Persönlichkeit des großen Dichters Nazim Hikmet hat in Lateinamerika große Begeisterung hervorgerufen. Sein Kampf für die Befreiung der Türkei war der gleiche wie der, den unsere Dichter und Schriftsteller für die Befreiung Lateinamerikas führten. Sehr unterschiedlicher und sehr entfernter Sprache, vereinigten sich Nazim Hikmets und unsere Literatur in der glei-

chen menschlichen Sehnsucht und in der Weigerung, Dichtung als Fluchtmittel vor den realen Problemen des Menschen hinzunehmen.“
Peter Hamm:
„Mag heute auch noch mancher meinen, was ‚hinten, weit in der Türkei‘ geschehe, gehe ihn nichts an; es war ein türkischer Dichter, der überzeugend wie kein anderer Dichter dieser Zeit, nämlich mit seinem Leben dafür eintrat, daß die Grenzen der Poesie und damit der Freiheit beschränkt sein dürfen. Dieser Nazim Hikmet meinte auch den immer noch nicht ausgestorbenen Bürger aus Goethes Faust, als er schrieb: ‚Wenn ich nicht brenne/wenn du nicht brennst/wer wird denn dann/die Welt erleuchten?‘“
Nazim Hikmets Werk ist in vielen Ländern Europas und der Welt übersetzt und verlegt worden. Hier einige Hinweise der in der Bundesrepublik erschienenen Literatur:

1. Elefanten Press: Nazim-Hikmet-Publikation, 1. Auflage, hrsg.: Türkischer Akademiker und Künstlerverein W.-Berlin, (vergriffen).
2. Auflage, hrsg.: Türkenzentrum Berlin, 1981.
2. Elefanten Press: N. Hikmet, „Wie sich der Rabe einen Splitter eintrat“, (Märchen) 1980.
3. Verlag Volk und Welt, Berlin/DDR; Nazim Hikmet „Im Licht mein Herz“ (vergriffen).
4. Verlag Pläne: Lutz Görner „Ich liebe mein Land“, Schallplatte und Kasette.
5. Damnitz Verlag, München; „Zeitgeschichte“, Ausgewähltes von N. Hikmet (vergriffen). ●



„Die Heuchelei hängt mir zum Halse heraus...“

Am 25. Januar 1982 leitartikelte Ernst-Otto Maetzke in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über die Notwendigkeit, Folterungen und Hinrichtungen weit hinten in der Türkei und Völkermord in Mittel- und Südamerika nicht so ernst zu nehmen wie die Militärverwaltung in Polen. Am gleichen Tage pflichtete ihr die Neue Züricher Zeitung auf ihrer ersten Seite unter der Überschrift „Zweierlei Militärregime“ mit einem Leitkommentar bei. Und am 26. Januar 1982 mußte schließlich Die Welt nachziehen: „Ist Polen mit El Salvador und der Türkei vergleichbar?“ fragte scheinheilig ein Hermann Renner, um dann auf fünf Spalten ein Loblied auf die Terrorherrschaft der Militärs in der Türkei und in El Salvador anzustimmen.

„Die Machtübernahme in der Türkei wurde, ganz anders als in Polen, nicht von außen erzwungen oder auch nur gefördert – und schon gar nicht von den Vereinigten Staaten oder überhaupt von einer der westlichen Demokratien.“

So leitete der Welt-Autor Hermann Renner seine Argumentationskette ein, wohl darauf spekulierend, daß der durchschnittliche Welt-Leser kaum etwas über die bestimmende Rolle der Nato-Strategen bei der Übernahme der Generalität in Ankara gehört haben dürfte. Der Autor scheint in der Tat das Informations- und Urteilsvermögen der Welt-Leser nicht sonderlich hoch einzuschätzen – verliert er doch kein einziges Wort über die über 500 Toten, die seit der Machtübernahme der Junta angeblich auf der Flucht erschossen worden sind – wie von der Junta-Regierung selbst bestätigt wurde. Er weiß offensichtlich auch nichts von den Folterungen und Hinrichtungen und den geforderten Todesstrafen. „Wo sind da die Parallelen zu Polen? fragt er mit Entrüstung: „Die Warschauer Junta steht gegen Polen, die Junta in Ankara ist dabei, den Türken ihre Chance auf ein Leben ohne Terror zurückzugeben.“

Doch der Autor hat nicht nur volles Verständnis für die Greuelthaten der

Junta-Generale in Ankara („türkische Verhörmethoden sind für europäische Begriffe etwas hart“), er hat auch für die blutige Diktatur des Präsidenten Du-harte die Patentlösung parat: „El Salvador kann nur geholfen werden, wenn Amerika ihnen Deckung gibt.“ Und mit einer selbst für die Springer-Presse einmaligen Unverfrorenheit beschreibt er seinen Lesern, wie diese „Deckung“ aussieht:

„Die Amerikaner leisten erhebliche Wirtschaftshilfe, die Kubaner, selbst wiederum Kostgänger der Sowjetunion, liefern Maschinengewehre und Prophe-ten.“ Mit einem Strich wird also nicht nur die US-Milliarden-Hilfe für den „staatlich sanktionierten Terrorismus“ (Willy Brandt) weggefegt, dem Springer-Kommentator scheint auch entgangen zu sein, daß eine 1600 Mann starke Truppe der salvadorianischen Junta-Streitkräfte zur Spezialausbildung in die USA geholt wurde – wohl, um in Zukunft den „Völkermord gegen das eigene Volk“ (so der ermordete Bischof Romero) mit verfeinerten Methoden fortzusetzen. Auf welcher Welt lebt der Welt-Autor eigentlich, dürfte selbst der unbedarfte Leser angesichts dieser scharfsinnigen Verdrehungen gefragt haben.

Auch die Neue Züricher Zeitung zögert nicht, im Interesse der Kreise, deren Straßenbild in Istanbul

Sprachrohr sie ist, jeglichen Sinn für Objektivität abzulegen und sich der berühmten double standards der Nato-Strategen zu bedienen. Nachdem sie die Machtergreifung der türkischen Generale als „eine rein innere Angelegenheit“ reinwäscht, versucht sie auch, jegliche, wenn auch so verhaltene Kritik aus Westeuropa an den Terrormethoden der türkischen Junta von vornherein zu diskreditieren: „Im übrigen ist zu bedenken, daß die Türken mit ihrem außerordentlich stark ausgeprägten Nationalstolz auf alles, was nach ausländischer Einmischung aussieht, sehr empfindlich und nachträglich zu reagieren pflegen.“

Doch der FAZ-Leitartikler Ernst-Otto Maetzke übertrifft seine Kollegen in seinem beispiellosen Zynismus um ein Mehrfaches, indem er den Beweis herbeizuführen versucht, warum manche außereuropäischen Völker eben nichts Besseres verdienen: „Schon Kinder wissen aus ihren Kinderbüchern, daß sie über das Märtern an fernen Marterpfählen nicht ganz so entsetzt sein müssen wie über das Foltern in nahen Folterkammern. Und Erwachsene wissen, daß ein Genozid (Völkermord), begangen von einem Turkvolk im ersten Weltkrieg, ein wenig verzeihlicher ist als ein Holocaust, organisiert von einem europäischen Volk im zweiten. Das hat eine Art von Richtigkeit, man darf sich



über (den türkischen Militärdiktator) Evren eher beruhigen als über Jaruzelski.“

Somit das räumliche und zeitliche zum einzigen Kriterium für die moralische Beurteilung von Terror und Völkermord erklärt, vermag der feinfühligere FAZ-Autor angesichts der Terrorakte in El Salvador, Chile, Guatemala nur noch „je nach Standpunkt und Eigeninteresse Zorn, Bedauern, Erleichterung, Genugtuung oder gar klammheimliche Freude“ zu empfinden.

Ein bezeichnendes Licht auf die Einstellung der selbsternannten „Kämpfer für die Menschenrechte“ warf schon der US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger nach seinem Besuch in der Türkei: „Wir bewundern in hohem Maße die Art, in der Ordnung und Recht in der Türkei wiederhergestellt sind“ (Stern, 14. 1. 1982). Und der türkische Außenminister Türkmen wies die Kritik des Europarates an Verfolgungen in der Türkei mit scheinheiliger Entrüstung zurück: „Die Verhältnisse in der Türkei können mit den Verhältnissen in Polen in keiner Weise verglichen werden!“

Wenn auch nicht im Sinne ihres Urhebers und der zahlreichen Nachahmer können wir getrost davon ausgehen, daß diese Feststellung doch zutrifft: In der Tat sind die in Polen verhängten Notstandsmaßnahmen mit den Verhältnissen

sen unter reaktionären Diktaturen in den Ländern wie El Salvador, Guatemala und der Türkei kaum zu vergleichen.

So hat der Militärrat in Polen in Übereinstimmung mit der geltenden Verfassung und unter Führung des gewählten Ministerpräsidenten Jaruzelski den gesetzmäßigen Ausnahmezustand verhängt. Das erklärte Ziel bleibt nach wie vor, die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen. Und wie gehen die von den USA und anderen Nato-Ländern nach Kräften unterstützten Militärdiktaturen in der dritten Welt vor? Setzte etwa die türkische Junta nicht als erstes die verfassungsmäßige Ordnung außer Kraft? Terror und Folter, Hinrichtungen und Massenverhaftungen – gehören sie nicht zur Tagesordnung in Chile, El Salvador, Guatemala und in der Türkei?

So schreibt Henri Nannen, der zu den ersten westlichen Journalisten gehörte, die nach Verhängung des Ausnahmezustandes nach Polen reisten: „Immerhin, aus dem Nato-Staat Türkei gibt es verlässliche Nachrichten über Folterungen. Aus Polen gibt es sie nicht. In den vier Tagen, in denen meine Kollegen und ich in Warschau auch mit Mitgliedern der ‚Solidarität‘ sprachen, ist uns kein solcher Fall zu Ohren gekommen.“

Wozu die doppelte Moral der Reagan-Administration und ihrer Gefolgschaft

dient, wird aber auch an Hand der offenen militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung für Pakistan, Philippinen und Südkorea deutlich: Nicht um die Menschen, nicht um die Menschenrechte, auch nicht um die Freiheit geht es, sondern lediglich um den Herrschaftsanspruch der USA. Dies dürfte auch Herrn Genscher sicherlich nicht entgangen sein, der vor dem Bundestag die Nato-Generäle in Ankara in Schutz nahm und sich jeglichen Vergleich mit „polnischen Verhältnissen“ in der Frage verbat – wohl davon ausgehend, daß der Blick der ganzen Öffentlichkeit auf Reagans Geheiß stramm nach Osten ausgerichtet sei.

Doch das beste Beispiel der Verlogenheit dieser Doppelmoralisten lieferte Ronny Reagan in seiner hohlen „Polen-TV-Show“. „Der peinlichste Auftritt“, so schrieb Der Spiegel, „war der eines Türken“: Neben erklärten Gewerkschaftsfeinden wie Ronny Reagan und Mrs. Thatcher, die nicht davor zurückschrecken, wenn es darauf ankommt, die Gewerkschafter im eigenen Land in Ketten zu legen, wurde auch Admiral Bülent Unusu eingeleitet, Ministerpräsident der von Washington unterstützten Militärjunta in Ankara, der seine „Frustration“ über die Militärherrschaft in Warschau bekundete. Da bliebe für viele Demokraten, die die Situation in beiden Ländern genauer kennen, nur noch zu sagen: „Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde!“ ●

Kurdischer Nationalfeiertag

NEWROZ

Newroz (auf kurdisch: der neue Tag) wird von den iranischen Völkern als Beginn des neuen Jahres, als Beginn des Frühlings gefeiert. Der 21. März wird jedes Jahr mit großen Feierlichkeiten begangen. Auch in der Bundesrepublik und Westberlin begehen unsere kurdischen Kollegen mit zahlreichen Veranstaltungen diesen Nationalfeiertag des kurdischen Volkes. In diesem Jahr werden viele Veranstaltungen gemeinsam von kurdischen und türkischen Kollegen organisiert und durchgeführt. Newroz gilt heute in erster Linie als der Nationalfeiertag, an dem auf den Bergen, die von Kurden bewohnt werden, Flammen aufleuchten und den Willen des kurdischen Volkes nach Frieden und Freiheit zum Ausdruck bringen. Aus diesem Anlaß wünschen wir allen unseren kurdischen Kollegen ein erfolgreiches Newroz-Fest und drucken nebenstehend die Zusammenfassung der Kawe-Legende ab, die uns von einem kurdischen Kollegen zugesandt wurde:

Die Kurden feiern Newroz darüber hinaus noch als einen Befreiungstag von einer

grauenvollen Unterjochung. Dazu erzählt die kurdische Legende: „Es herrschte einmal über die Kurden ein grausamer König namens Ajdehak. Er besaß zwei Schlangen, die er anbetete. Die Schlangen ernährte er mit dem Hirn der Kinder seiner kurdischen Untertanen. Einer seiner Untertanen mit dem Namen Kawe und von Beruf Schmied war unter den Betroffenen. Er hatte bereits acht seiner Söhne den Schlangen Ajdehaks zum Fraß opfern müssen. Kawe war erneut an der Reihe und bangte um das Leben seines neunten und letzten Sohnes. An dem Tag wurde im ganzen Lande mit großen Feierlichkeiten der Beginn des Frühlings begangen. König Ajdehak und sein ganzer Hofstaat feierten im königlichen Palast, frei von Kummer und Sorgen der Untertanen. Sie waren alle betrunken und wußten nicht, was sich um sie herum abspielte. Kawe war, voller Kummer und Trauer um sein letztes Kind, jeder Feierlichkeit ferngeblieben. Er zermartete sich den Kopf über eventuelle Möglichkeiten, seinem Sohn das ihm zgedachte Schicksal zu ersparen, und plötzlich kam ihm der erleuchtende Gedanke: waren Ajdehak und seine Höflinge bei der Newrozfeier nicht derart betrunken, daß sie unmöglich einem Ansturm von außen irgendwelchen Widerstand entgegen zu setzen

vermochten?! Kawe nahm seinen Schmiedehammer und rannte auf die Straße.

Er war sich darüber im Klaren, daß er für einen Sturm gegen Ajdehak Unterstützung brauchte. Wenn überhaupt, dann hatte er nur eine Chance, wenn er gemeinsam mit allen unter der Grausamkeit des Königs leidenden Mitbürgern gegen den Tyrannen vorgehen würde. Und es gelang Kawe, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß Eile geboten war, daß man die Gunst der Stunde nutzen und geschlossen gegen den feiernden König und seinen Hofstaat vorgehen müsse, wolle man das Joch abschütteln, der Tyrannei endlich ein Ende setzen und künftig ohne Angst und Schrecken leben. Alle Leute scharrten sich um Kawe und stürmten mit ihm den Palast. Sie bemächtigten sich des Hofes und Kawe zerschmetterte den Kopf Ajdehaks mit seinem Schmiedehammer. Zum Gedenken an den großen Sieg und als Symbol der Befreiung aus den grauenvollen Tagen der Unterjochung beschloss das Volk der Kurden, von nun an und künftig solle zum Zeichen ihrer Freiheit an Newroz auf allen Bergen Kurdistans große Feuer entzündet werden. Die damaligen Befreier tanzten und feierten sieben Tage und sieben Nächte lang und gedachten ihres Sieges. Dann wählten sie einen der ihren zum neuen Herrscher. Und dieser erste vom Volk gewählte Herrscher trug den Namen Feridün.“ ●

Kurz berichtet

KSZE-Konferenz in Madrid:

Die Hoffnungen eines Volkes den Interessen anderer Länder zu opfern ...

„Die Mehrheit der Redner befaßte sich heute mit dem Thema ‚Polen‘. Zuerst möchte ich erwähnen, daß wir die Entwicklungen in diesem Lande unter Berücksichtigung der historischen Bindungen und der Freundschaft zwischen der Türkei und Polen betrachten. Unser herzlichster Wunsch wäre es, daß das polnische Volk seine Schwierigkeiten über den Weg des Dialogs und der Verhandlungen selbst löst und somit die Fortführung des begonnenen Erneuerungs- und Reformprozesses ermöglicht wird.

Wir verstehen die Schwierigkeiten, in denen Polen sich befindet.

Die Ausmaße des Problems überschreiten die Grenzen Polens. Laut Prinzipien von Helsinki darf eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens von außen nicht erfolgen. Die Hoffnungen des polnischen Volkes dürfen nicht Interessen anderer Länder geopfert werden. Unserer Ansicht nach ist das die Hauptsache. Polen darf den ausländischen Eingriffen nicht überlassen werden ...“



İler Türkmen, Außenminister des Juntaregimes

Der Redner ist der Außenminister eines Regimes, das ein Volk, von Arbeitern bis zu Intellektuellen, mit brutalsten Methoden verfolgt, Gewerkschafter zum Henker schickt.

Er vertritt ein Unterdrückungssystem, das nicht nur die Einmischung in die inneren Angelegenheiten durch einen anderen Staat zuläßt, sondern sich auch von einem solchen zur Macht verhelfen ließ.

Es ist der türkische Außenminister İler Türkmen, der während der außerordentlichen Generalversammlung am er-

sten Tag der KSZE-Konferenz in Madrid eine Rede hielt.

Junta vor Europarat



„Alarmiert durch die letzten Verhaftungen, insbesondere durch die des Präsidenten der Anwaltskammer von Istanbul, Orhan Apaydin . . .“ empfahl die politische Kommission des Europarates auf ihrer Sitzung am 12. 3. 1982 in Straßburg dem „Ministerrat“, die näheren Umstände der Verhaftungen in der Türkei sofort zu klären und geeignete Maßnahmen gegen eventuelle Verstöße gegen die Europäische Charta der Menschenrechte zu ahnden. Vorausgegangen war eine außerordentlich scharf formulierte Resolution (Nr. 936), in der die Folterpraxis und Menschenrechtsverletzungen in der

Türkei zum ersten Mal in einer relativ eindeutigen Form angeprangert worden war. Bei dieser Sitzung des Europarates hielt Kemal Daysal, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des DISK, in den Räumen des Europarates eine vielbeachtete Pressekonferenz ab (unser Bild), auf der er vielen Journalisten und Ratsmitgliedern Beispiele aus der Terrorherrschaft der Militärjunta darstellte.

Welche Reaktionen seitens der Militärjunta auf diese „äußere Einmischung“ erfolgten, berichten die „Türkei-Informationen“ in dem Artikel „Weitere Maulkorbberlässe“.

FIDEF zu Gast bei WGB-Kongreß

„Die BRD-Regierung begründet ihre Angriffe gegen die Rechte der Werktätigen damit, daß sie wenig Mittel habe, daß sie sparen müsse. Auf der anderen Seite aber werden die Rüstungsausgaben maßlos erweitert.“ So lautete es in dem Redebeitrag des FIDEF-Vertreters auf dem 10. Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes am 10.–15. Februar 1982 in Havanna, an dem sich über 1000 Delegierte aus 138 Ländern beteiligten.

Auf dem Kongreß wurde besonders die Bedeutung der Erhaltung des Weltfriedens betont.

Aus den verschiedenen Beiträgen

ging hervor, daß sich die Krise der kapitalistischen Welt verschärft habe und daß die Angriffe auf die Rechte der Werktätigen zugenommen haben.

Scharf verurteilt wurde die friedensgefährdende Politik der USA und somit die Reagan-Administration. Begrüßt wurden die letzten Erfolge der Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Die Delegierten brachten die zunehmende Aggressivität des Imperialismus und die Wichtigkeit der internationalen Solidarität zum Ausdruck.



Die ersten, die ihre Solidarität bekundeten, waren die griechischen Demokraten

Griechen, Armenier und Demokraten der Türkei: Feinde der Türken?

Es waren die griechischen Demokraten, die unmittelbar nach der Machtübernahme der Militärs in der Türkei reagierten. Sie protestierten nicht nur gegen die neuen Machthaber, sie zeigten auch die Solidarität und Freundschaft ihres Volkes mit den Menschen des benachbarten Landes.

In mehreren Städten Griechenlands wurden Demonstrationen, Meetings und Informationsveranstaltungen organisiert, bei denen das brutale Vorgehen der türkischen Militärjunta gegen die Demokraten, Gewerkschafter verurteilt wurden.

Bei diesen Aktionen nahmen auch in Griechenland asylsuchende Menschen aus der Türkei teil.

„Die Griechen propagieren gegen die Türkei, indem sie die geflüchteten Terroristen von Stadt zu Stadt wie Zirkusclowns vorführen.“ Damit man weiß, was die skandalöse, rechtseingestellte Tageszeitung „Günaydin“ (zu deutsch: Guten Morgen) von Griechen und Terroristen hält. So füllen Berichte über den Pakt der Griechen, Armenier und Türkenfeinde, gemeint sind die demokratische Opposition im Ausland, gegen die Türkei, auch die Seiten der rechtsextremistischen Tageszeitungen wie Tercüman, Hürriyet usw.

Papandreou – „der Grieche“

Der Regierungswechsel in Griechenland bot der „türkischen Presse“ die be-

ste Gelegenheit, sich auszutoben. Die Politik des Premiers Papandreou reflektiert sich in großen Überschriften auf den ersten Seiten der Tageszeitungen und verschafft somit das erwünschte Feindbild des Griechen.

Die Vermutung, daß die Hoheitsgebiete Griechenlands in der Ägäis auf 12 Meilen erhöht werden könnten, die Entscheidung der PASOK-Regierung, die Suche nach Ölquellen in der Ägäis fortzusetzen, oder die Durchführung eines Gesetzes, das die Verteilung der „türkischen Stiftungen in Westthrazien“ reorganisieren soll (es handelt sich hierbei um die ehemaligen Besitztümer des Osmanischen Reiches, deren Verwendungsgewalt zugunsten der Menschen türkischer Abstammung in griechische Hand übergegangen ist) werden als „typisch griechische Provokationen“ dargestellt, die nationalistische Gefühle erwecken sollen. Ein unscheinbar platzierter Artikel der Tageszeitung „Tercüman“ trägt die Überschrift „Türkeibericht von Hassels konnte nicht verlesen werden, weil man die Übersetzung ins Griechische vergaß.“

Es geht um die Berichterstattung des Abgeordneten von Hassels in der „Politischen Kommission“ des Europarats, nach seiner Reise in die Türkei. Wohlbemerkt: Hierbei wird für das Wort „Griechisch“ die Form verwendet, unter der die in der Türkei lebenden Menschen griechischer Herkunft bezeichnet werden: „Rum“.

Ecevit erneut vorm Richter

Der ehemalige Vorsitzende der von der Junta aufgelösten Republikanischen Volkspartei (CHP) und ehemalige Ministerpräsident, Bülent Ecevit, ist am 1. März erneut vor Gericht gestellt worden. Zeitungsmeldungen zufolge ist Ecevit wegen der Beleidigung des Polizeipräsidenten der Provinz Nevşehir verurteilt worden. Die ihm zur Last gelegte Tat liegt zwei Jahre zurück.

Ecevit und seine Parteifreunde waren auf einer Begräbnisfeier von Faschisten angegriffen worden. Ecevit hatte wegen der Unfähigkeit der Sicherheitskräfte, adäquat einzugreifen, heftige Kritik an dem oben erwähnten Polizeipräsidenten geübt. Deswegen sei nunmehr gegen ihn das Verfahren eröffnet worden.

Die Zeitschrift „ARAYIS“ unbefristet verboten

Die linksliberale Wochenzeitschrift ARAYIS, deren Chefredakteur Nahit Duru wegen einer Kritik zu zwei Monaten und 15 Tagen Haft verurteilt wurde, ist jetzt von der Kriegskommandatur Ankara verboten worden.

Die Zeitschrift wurde aufgrund des Kriegsrechtsgesetzes Paragraph 3, Absatz C unbefristet verboten.

ARAYIS
26 EYLÜL 1981. SAYI 32 HAFTALIK DERGI. 30 TL



YURMADAN
ÖNCE DİNLE

ÇOLDE
TARIM

Ausländerpolitik im Bundestag diskutiert:

Freiwillige Rückkehr?

Sehr häufig passiert es nicht, daß die im Bonner Parlament vertretenen Parteien einer Meinung sind. Um so mehr Aufmerksamkeit verdienen die Übereinstimmungen, die in den Beiträgen zur ausländerpolitischen Debatte am 4. Februar 1982 im Bundestag zum Ausdruck gebracht wurden: Einigkeit herrschte in der Auffassung, daß die Bundesrepublik nun keine weiteren Ausländer mehr verkraften kann, daß die Rückkehr in die Heimatländer gefördert und der Zuzug weiterer Ausländer unterbunden werden müsse – hier war nicht nur die Familienzusammenführung gemeint, sondern auch die „dringende Lösung des Problems Türkei“: Freizügigkeit für Arbeitnehmer muß bei Aufnahme der Türkei in die EG verhindert werden. Die gemeinsame Erkenntnis: Noch mehr Ausländer würden zum Überhandgreifen von Ausländerfeindlichkeit und Überfremdungsführen.

Streitpunkte bzw. Nuancen in den Meinungen zeigten sich während der achtstündigen Debatte vor allem bei der Frage, wie ein Ansteigen der Ausländerzahlen verhindert werden kann bzw. sogar eine Reduzierung ermöglicht wird. Die Hauptsprecher von SPD und FDP, Urbaniak und Hölcher, sowie Bundesinnenminister Baum erklärten, daß Solidarität und Verantwortung für die Ausländer, die zum Aufbau der Wirtschaft beigetragen haben, auch in beschäftigungspolitisch schweren Zeiten gewährt werden müssen. CDU-Sprecher Dregger warf der Regierung vor, daß die berechtigten Interessen der Deutschen zu wenig berücksichtigt werden: Türken, Asiaten und Afrikaner, so Dregger, seien nur in Ausnahmefällen zu integrieren oder gar zu assimilieren. Spranger (CSU) erklärte die „Politik der Integration“ für gescheitert. Folgerichtig legte die CDU/CSU das Schwergewicht ihrer Forderung zur Ausländerpolitik auf die „Förderung der Rückkehr“ und auf die Verschärfung von Asyl- und Ausweisungsverfahren. Die Regierungsparteien hielten – vor allem für die 2. und 3. Generation – am Ziel der „Eingliederung in Gesellschaft und Beruf“ fest; Urbaniak „bescheinigte“ allerdings den Türken, daß deren Integration besonders schwierig sei und daß die „Späteinsteiger“ das

deutsche Bildungssystem vor kaum noch zu überwindende Probleme stellt.

Integration und Restriktion fördern

Als Fazit der Debatte zog Bundesarbeitsminister Ehrenberg den Schluß, daß die „Zuwanderung in sozial verantwortlicher Weise zu steuern sei“ – unter diesem Titel firmieren die neuen Erlasse zur Einschränkung von Familienzusammenführung – und gleichzeitig die hier lebenden Ausländer voll in unsere Gesellschaft aufzunehmen seien. Hier scheint sich eine Art „Ausländer-Doppelbeschluß“ den Weg zu bahnen. Zuzug begrenzen, Integration fördern. So etwa läßt sich auch die Erklärung des SPD-Vorstandes zusammenfassen, die der Öffentlichkeit am 16. Februar 1982 vom Geschäftsführer der SPD vorgestellt wurde. Glotz stellte bei dieser Gelegenheit dann aber fest, daß „fortschrittlich klingende Reden zur Ausländerproblematik nichts nützen“ und „setzte sich für eine Trendwende zum Realismus in dieser Frage ein“ (F.R. 17. Februar 1982).

SPD: Umkehr

Was sich hinter dieser Äußerung an Tendenz schon erahnen läßt, hat der Spiegel Nr. 9/82 recherchiert: „Wie bei der Union ertönt nun auch aus der SPD immer lauter der Ruf nach Zuzugstopp und Rückkehrförderung.“ Anlaß für diese Erkenntnis war das Zurückweisen des SPD-Vorstandes von einem Diskussionspapier zur Ausländerpolitik, das auf dem Bundesparteitag als Grundlage dienen sollte. Die Forderungen in diesem Papier: Schrittweise Einführung des kommunalen Wahlrechts, gesichertes Aufenthaltsrecht, Angebot zur Einbürgerung, bessere Wohnraumangebot mit dem Ziel des Abbaus von Gettos, gezieltere Förderung von Schul- und Berufsbildung ausländischer Kinder; außerdem soll „nach einer mehrjährigen Übergangsregelung in Zukunft Familiennachzug nur noch bis zum Erreichen des schulpflichtigen Alters der Kinder zugelassen werden.“

Das Papier, unter Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Arbeitsministerium Buschfort erstellt, wurde vom Vorstand kritisiert: Erstes Ziel der SPD-Politik soll die „wirksame Begrenzung des Zuzugs von Ausländern sein; an zweiter Stelle stehen die Bemühungen um „freiwillige Eingliederung, bei Anerkennung der kulturellen Eigenständigkeiten, um eine Rückkehrmöglichkeit offenzuhalten“.

Der humane Kern der Familienzusammenführung

So wird aus der Zielvorgabe „Eingliederung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer und freiwillige Rückkehr“ die Umkehrung „Rückkehr und freiwillige Eingliederung zur Förderung der Rückkehrmöglichkeit“. Der Landesvorstand der CSU formulierte diesen Sachverhalt jüngst in einer Erklärung zur Ausländerpolitik weit weniger umständlich: „Eine Integration oder Assimilation aller hier lebenden Ausländer ist unmöglich“ – die Familienzusammenführung muß auf „ihren humanen Kern begrenzt“ werden. Anstelle „scheinheiliger Humanitätsbezeugungen ohne aktives Handeln“ muß eine „totale Umkehr“ zu einer Politik treten, die die „legitimen Interessen“ der deutschen Bevölkerung angemessen berücksichtigt (F.R. 16. Februar 1982).

Inzwischen sind auch die Vorstellungen darüber, was Kapitalisierung sozialer Ansprüche bedeuten soll, konkret genug geworden, um Rechenexempel durchzuspielen: Regierungspräsident Späth, Landesvater von Baden-Württemberg und schon mehrmals Vorreiter von Restriktionen in Ausländerangelegenheiten, legte dem Bundesrat einen Gesetzentwurf diesbezüglich Anfang März vor: Danach sollen die Arbeitslosen Ausländer – zur Zeit etwa 100 000 – mit Summen bis zu 20 000,- DM ihre Rentenansprüche und ihre Ansprüche auf Arbeitslosengeld verkaufen, gleichzeitig müssen sie dann auch auf alle aufenthaltsrechtlichen Ansprüche verzichten. Voraussetzung soll sein, daß der in Frage kommende Ausländer mindestens von 1974–1981 hier gearbeitet hat.

Sparpläne

Um Protesten der Rentenversicherungsanstalt und der Bundesanstalt für

Arbeit vorzubeugen, führt Späth aus, daß langfristig so Geld eingespart wird. Was er verschweigt, ist, daß auch kurzfristig eine Menge Geld gespart würde, denn wer nachrechnet, muß feststellen, daß die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung gänzlich einbehalten werden. Die Bundesanstalt bezahlt ohnehin nur das, was sie sowieso zahlen müßte, bliebe der Ausländer hier, und spart außerdem noch die Beiträge zur Krankenversicherung für Arbeitslose. Wahrlich ein Angebot, daß den derzeitigen Sparmaßnahmen gerecht wird. Der neueste Ministerpräsidentenbeschluß, der erneut weitere Restriktionen für Ausländer vorsieht, sieht solche „Rückkehrhilfen“ ebenfalls vor. In Paris übrigens ist die seit 1977 bestehende „Rückwanderungsprämie“ wegen geringer Wirksamkeit wieder abgeschafft worden (Süddeutsche Zeitung vom 27./28. Februar 1982).



Ausländische und deutsche Kollegen demonstrieren gemeinsam für ihre Rechte

Entschließungsantrag
der Abgeordneten Dr. Dregger,
und der Fraktion der CDU/CSU.

I.

...
Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Eine Umgehung dieses Grundsatzes durch weiterhin ungesteuerten Zugang von Ausländern ist mit allen legalen und humanitär vertretbaren Mitteln zu unterbinden.

5. Die Bundesregierung soll darauf hinwirken, daß die volle Freizügigkeit im Rahmen von EG-Assoziierungen oder weiteren Beitritten zur EG erst dann verwirklicht wird, wenn die Voraussetzungen für eine weitere Aufnahme von Ausländern gegeben sind.

6. Die Bundesregierung wird aufgefordert, endlich wirksame Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Asylrechts zu treffen, damit der anhaltenden Flut von Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlingen Einhalt geboten wird.

II.

Die Rückkehrfähigkeit der Ausländer muß erhalten, die Rückkehrbereitschaft bestärkt werden.

3. Das Wahlrecht, auch das kommunale Wahlrecht für Ausländer, wird abgelehnt. Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht und bedarf entsprechender staatsbürgerlicher Pflichten. Die Einräumung staatsbürgerlicher Rechte an Ausländer ist einer europäi-

schen Regelung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit vorzubehalten.

III.

1. Die Eingliederung aller in der Bundesrepublik Deutschland lebender Ausländer unter Wahrung ihrer vollen nationalen und kulturellen Eigenständigkeit ist weder möglich, noch in beiderseitigem Interesse wünschenswert.
2. **Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland als nationaler Einheitsstaat und Teil einer gespaltenen Nation erlaubt nicht die Einleitung einer unumkehrbaren Entwicklung zum Vielvölkerstaat.**

IV.

Kriminalität und politischer Extremismus von Ausländern sind ein Verstoß gegen das **Gastrecht** und müssen nachhaltig bekämpft werden.

1. **Straffällig gewordene Ausländer, insbesondere Gewalttäter und politische Extremisten, müssen unverzüglich ausgewiesen werden.**

2. Ausländervereinigungen mit politischen Zielsetzungen müssen verstärkt überwacht; politisch extremistische Ausländervereinigungen müssen verboten werden...

SPD/FDP:

ANTRAG

der Abgeordneten Brandt (Grolsheim) und der Fraktionen der SPD und FDP

II.

Der Deutsche Bundestag hält es

für erforderlich, ... daß der Zugang von Ausländern bzw. ihrer Angehörigen in die Bundesrepublik beschränkt bleibt. Nur so ist die Integration der bereits hier lebenden Ausländer in Gesellschaft und Beruf – auch in Zeiten schwieriger Beschäftigungslage – möglich.

5. ... Politischer Extremismus von Ausländern verstärkt die ausländerfeindlichen Tendenzen in der Bundesrepublik; er muß bekämpft werden. Die Bundesregierung und die Länderregierungen werden aufgefordert, ihn mit allen verfügbaren Mitteln zu unterbinden.

6. ... Der Deutsche Bundestag erachtet es für notwendig, durch eine Verstärkung des Aufenthaltsrechts im Ausländergesetz es den hier lebenden Ausländern stärker zu ermöglichen, eine auf Integration ausgerichtete Lebensplanung zu verwirklichen. ...

7. Ausländer der 2. Generation, die hier geboren oder aufgewachsen sind, sollen einen Anspruch auf Einbürgerung erhalten, um ihnen eine eigene Lebensplanung zu ermöglichen.

VII.

Die Integrationspolitik ist so auszurichten, daß sie den Ausländern die Möglichkeit der Rückkehr in ihre Heimatländer offenhält. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihren Heimatländern, zu denen die Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Beitrag leistet, ist geeignet, die Rückkehrbereitschaft der Ausländer zu stärken.

Das „Heidelberger Manifest“

Von Professoren, Politikern und Neo-Nazis

Folgt man der Logik in der Argumentation der Politiker, die den derzeitigen Abbau der rechtlichen Sicherheit der Ausländer verantworten oder wenigstens befürworten, so müßten die „hier lebenden Ausländer“ dankbar sein für diesen Abbau, da man die Maßnahmen vor allem ergreift, um die drohende Gefahr von Ausländerfeindlichkeit zu bannen. Besonders in Nordrhein-Westfalen, wo die sogenannte „Bürgerinitiative Ausländerstop“ ein Volksbegehren gegen Ausländer anstrengt, wird der Schluß gezogen: „Je mehr Ausländer, desto größerer Ausländerhaß“, um den Ausländern und den bundesdeutschen Institutionen und Personen, die sich besorgt und empört über die Entwicklung äußern, die Restriktionen im Nachhinein schmackhaft zu machen.

Daß diese Maßnahmen allerdings umgekehrt die Ungleichheit zwischen Deutschen und Ausländern in der Bundesrepublik manifestieren und ausbauen und so den Boden für „das was anders“ ist, und im Gefolge davon für Gedanken des Neonazismus bereiten, wird entweder von den oben erwähnten Politikern verdrängt oder in Kauf genommen auf der Jagd vermeintlicher Wählerstimmen – oder es wird gar beabsichtigt.

Peinliches Versehen

In der bürgerlichen Presseöffentlichkeit ist der Zusammenhang von Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit erstmals ausführlich durch das „Heidelberger Manifest“ diskutiert worden. Wahrscheinlich aufgrund einer peinlichen Zerstreuung eines Professors, der sich an dem Pamphlet beteiligte oder beteiligen sollte – es wurde in einer Telefonzelle gefunden – wurde der Wortlaut des Textes viel zu früh bekannt und inzwischen auch von mehreren Tageszeitungen veröffentlicht.

Inzwischen haben die „Heidelberger

Professoren“ eine Öffentlichkeitsfassung vorgelegt, die von einigen Journalisten als „vernünftig und akzeptabel“ eingestuft wurde – fünf Unterzeichner der Ur-Fassung tauchen nun nicht mehr als Unterzeichner auf. Allerdings, gerade weil die Urfassung bekannt wurde, zeigt sich ganz deutlich, was hinter den gewandelten Formulierungen steht:

„Mit großer Sorge beobachten wir einen Vorgang, der ... dazu führte, daß inzwischen fünf Millionen Gastarbeiter in unserem Land leben und arbeiten.“ In der Urfassung: Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien...“

Achse Heidelberg – Berlin

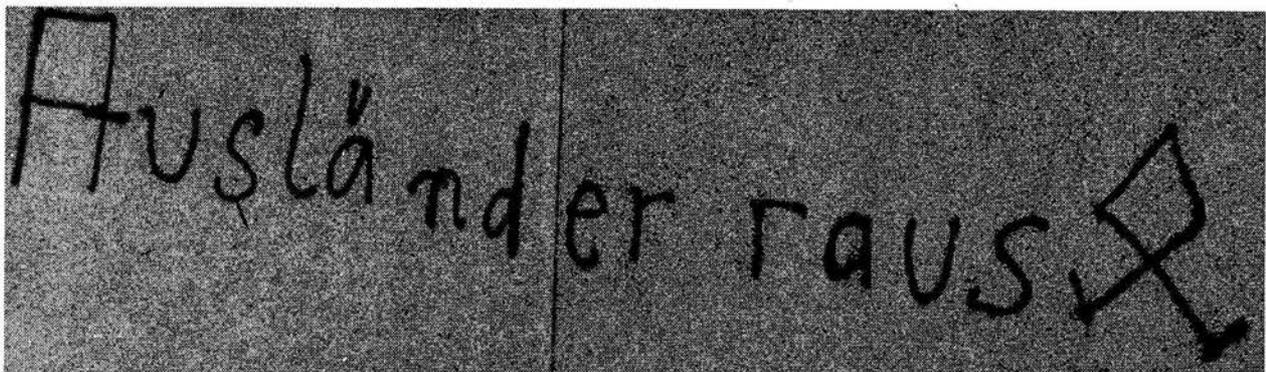
Trotz zugegebenermaßen einigen solchen sprachlichen Abmilderungen, bleiben genügend Formulierungen und Argumentationsstränge, die den Deutschen bekannt vorkommen müssen. Der Öffentlichkeitsfassung ist im übrigen ein Maßnahmenkatalog beigelegt, der im wesentlichen kaum mehr vorschlägt, als aufgrund der jüngsten Ausländerpolitik entweder diskutiert oder aber schon praktiziert wird.

In diesem Zusammenhang sind aber die Verbindungen des Berliner CDU-Innensenators Lummer und Prof. Schmidt-Kaler, einem federführenden Unterzeichner beider Versionen des Heidelberger Manifests, von Interesse. Der Professor ist Leiter des Bochumer Astronomischen Instituts und „Sachverständiger des Heidelberger Kreises“ vom neofaschistischen „Schutzbund für das deutsche Volk“. Zu erwähnen sind auch gemeinsame Veranstaltungen des Professors mit dem „Rhein-Ruhr-Club e.V.“, dessen Programm den Schluß nahe legt, daß hier eine Nachfolgeorganisation des Düsseldorfer Industrie-

klubs besteht, der sich um Hitler verdient gemacht hatte (UZ, 26. Februar 1982). Dieser Schmidt-Kahler also rühmte auf einer Tagung des „Schutzbundes“ im Januar seine Verbindungen zum Innensenator Berlins und seinen Beitrag zur Veränderung der dortigen Ausländerpolitik – Die Berliner Erlasse sind bekanntlich den Bundesländern gegenüber noch restriktiver gefaßt. Herr Lummer hat sich trotz Anfragen bisher weder zu entsprechenden Kontakten zu dem Bochumer Professor bekannt, noch dessen Äußerung dementiert.

Nazilob für Ausländerpolitik

Der „Schutzbund für das deutsche Volk“, der auch kürzlich in einem offenen Brief den Bundeskanzler Helmut Schmidt öffentlich zu einem Beitreten aufforderte, soll nach den Erkenntnissen des Parlamentarischen Staatssekretärs im Innenministerium Schoeler (FDP) alle noch unkoordinierten Bürgerinitiativen gegen Ausländer zusammenfassen. Besonderes Augenmerk verdient hier neben der „Bürgerinitiative Ausländerstop“ die „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (I.f.A.). Keine Ausgabe der „Nationalzeitung“ oder deren Wochenversion „Deutscher Anzeiger“ des Dr. Frey, in der nicht neben redaktionellen Hetztiraden in „Sorge um Überfremdung des deutschen Volkes“ für einen Beitritt zu dieser I.f.A. geworben wird. Diese Initiative rühmt sich ebenfalls „richtungsweisend auch für maßgebliche Politiker, wie die Entwicklung in der jüngsten Zeit beweist“, zu wirken. Demokraten und Antifaschisten sollten diese Worte Anlaß geben, weiter darüber nachzuforschen, welche Wirkungskanäle hier angesprochen werden, sie sollten auch darüber nachdenken, warum neofaschistische Kreise in der Bundesrepublik die neue Ausländerpolitik so ausdrücklich loben. ●



Agca-Komplizen festgenommen

Viele in der Türkei steckbrieflich gesuchte und teilweise rechtskräftig verurteilte rechtsextremistische Terroristen fanden im Ausland, insbesondere in der Bundesrepublik, Zuflucht. Beharrliche Versuche von demokratischen Organisationen und Personen für eine Forcierung entsprechender Maßnahmen wurden von den staatlichen Organen der Bundesrepublik ignoriert. Nach dem Attentat auf Papst Paul II. am 13. Mai 1981 berichtete FIDEF in einer Pressekonferenz darüber, daß der Attentäter M. A. Agca ein bekannter türkischer Terrorist ist und in enger Verbindung mit der faschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) steht, deren Ableger in der Bundesrepublik die „Türk-Föderation“ ist.

In der März/April-Ausgabe der Türkei-Informationen, unmittelbar nach dem Papstattentat, wurden die Namen der eventuellen Komplizen des Terroristen Agca veröffentlicht.

Eine der wichtigsten Figuren des Papstattentats wurde am 14. Februar 1982 in Hamburg durch eine Verkehrskontrolle wegen Verkehrswidrigkeit zufällig festgenommen. Ömer Ay, der auf der Fahndungsliste Interpols stand und für den ein „roter Steckbrief“, der für die gefährlichsten Verbrecher vorgesehen ist, ausgestellt worden war, genoß sogar seit April 1981, also nach dem Papstattentat, das Asylrecht. Er ließ später seine 16jährige Frau Gülseren Ay und sein sechs Monate altes Kind zureisen. Beide beantragten die Anerkennung als politische Flüchtlinge, weil sie angeblich von Grauen Wölfen bedroht seien (!).

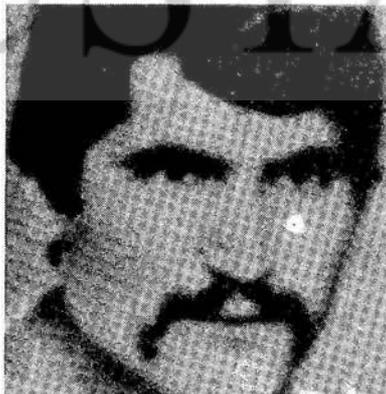
Über Ömer Ay, über den die türkischen Sicherheitsbehörden verlautbarten, daß „seine Verhaftung den Knoten um den Papstattentäter lösen“ würde, berichteten die Türkei-Informationen schon in der August/September-Ausgabe 1981: Die türkischen Sicherheitsbeamten, die sich zur Unterstützung der Ermittlungen zur Verfügung stellten, konnten diese Person eindeutig identifizieren. Es handelt sich um den in der Türkei steckbrieflich gesuchten rechtsextremistischen Terroristen Ömer Ay. Er ist 1952 in Kozakli bei Nevsehir geboren und wird der Gründung einer bewaffneten Organisation und der Beteiligung an zahlreichen Mordfällen beschuldigt.

Sein Reisepaß wurde am gleichen Tage, am 11. August 1980, zusammen mit Agcas Reisepaß ausgestellt; beide Pässe haben aufeinanderfolgende Bearbeitungsnummern (4591-4592). Während Agcas Paß auf den Namen „Faruk Aygün“ ausgestellt wurde, trug Ömer Ays Paß den Namen „Galip Yilmaz“.

Merkwürdig ist, daß das Ersuchen der türkischen Sicherheitsorgane für die internationale Fahndung von Ay durch Interpol erst drei Monate später im September 1981 in die Wege geleitet wurde. Weiterhin bezeichnend ist, daß Ay nicht ausgeliefert wird und durch die BRD-Behörden gegen ihn nur wegen Urkundenfälschung ermittelt werden soll.

Mehmet Sener, der Agca den Auftrag zur Ermordung des Chefredakteurs der Tageszeitung Milliyet erteilte und zusammen mit ihm die Mordpläne erarbeitete, wurde in Zürich am 23. Februar 1982 festgenommen. Er war nach dem Mord an Ipekci in der Türkei festgenommen, jedoch wegen „mangelnder Beweislage“ wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Nach fortlaufenden Ermittlungen stellten die türkischen Sicherheitsbehörden erneut einen Haftbefehl gegen ihn aus; er konnte jedoch nicht mehr festgesetzt werden. Später ist noch bekannt geworden, daß Sener am 10. November 1980 in der Bundesrepublik in Untersuchungshaft genommen und seine Akten aus der Türkei angefordert wurden, er aber kurze Zeit später wieder freigelassen wurde.

Schweizer Polizeibehörden drückten den dringenden Verdacht aus, daß Sener auch eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit dem Papstattentat

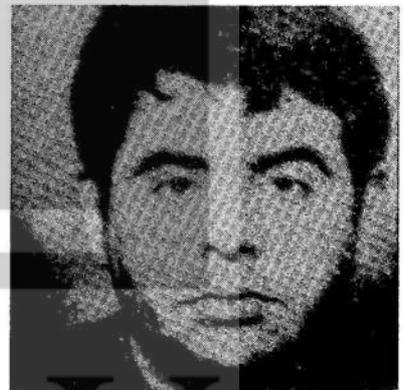


Agca-Komplize Ay in Hamburg verhaftet

spielte. Sener, der im Besitz eines falschen Passes, ausgestellt wie bei Agca und Ay in Nevsehir, unter dem Namen Durmus Unutmaz war, beantragte in der Schweiz Asylrecht. Die türkischen Behörden dagegen stellten den Antrag auf Auslieferung.

Zusammen mit Mehmet Sener wurde auch der in der Türkei als einer der Hauptverantwortlichen des faschistischen Terrors und wegen Beihilfe zur Flucht gesuchte Abdullah Catli festgenommen. Er führte einen falschen Paß unter dem Namen Mehmet Saraf bei sich. Er wurde jedoch wieder freigelassen, nachdem die türkische Botschaft in Zürich mitgeteilt hatte, daß über ihn keine Informationen vorliegen. Über Catli schrieb der abgesprungene „Graue Wolf“ Ali Yurtaslan in seinem von ihm veröffentlichten Geständnis:

„Er war von Oktober 1977 bis Februar 1978 Vorsitzender des ÜGD-Büros (Idealistischer Jugendverein) in Ankara. Die Catli-Ära war die Ära der Überfälle auf Cafés ... Er wurde am 25. August 1978 in Sakarya zusammen mit einem der Angeklagten des Balgat-Massakers, Mustafa Pehlivanoglu, festgenommen ... Er wurde aus Sakarya nach Istanbul gebracht ... Die Polizei von Ankara wollte ihn haben ... Er ist aber aus Gayrettepe geflüchtet. Jedoch wurde er später von der Polizei in Ankara erneut festgenommen. Unser Vorsitzender drohte der Polizei. Er sagte,



Agca-Komplize Sener in Zürich verhaftet

wenn ihr Abdullah nicht laufen laßt, werden wir an 150 Orten von Ankara Bomben hochgehen lassen ... Nach einer Weile wurde Abdullah Catli freigelassen. Die Fluchtaktionen am 2. November 1978 aus dem Sagmalcilar-Gefängnis organisierte Catli. Er hatte die Flucht von mindestens 30-40 Personen aus dem Gefängnis geplant.“

Abzuwarten bleibt, ob nun die Behörden der Bundesrepublik nach dem Bekanntwerden der neuen Fakten und der jüngsten Festnahmen sich dazu durchringen werden können, gegen die „Grauen Wölfe“ und ihre Organisationen wie die „Türk-Föderation“ in Zukunft ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen.

„Wir haben es nicht verdient...“

Typische Ausländer gibt es so wenig wie es typische Deutsche gibt. Typisch ist allenfalls, daß in der Bundesrepublik viel über Ausländer geredet und geschrieben wird, die Ausländer selbst aber selten zu Wort kommen, nicht gefragt werden, wie sie ihre Probleme sehen. Dabei haben sie alle sehr viel zu erzählen, weil sie durch ihre Migration viel erfahren haben. Zum Beispiel Gülbeyaz (zu deutsch etwas Rosenweiß). In vielem, was sie sagt, werden sich andere Türkinnen wieder entdecken können, anderes gehört zu ihrer ureigenen, individuellen Geschichte.

Ich komme aus der Türkei. Zuerst kam mein Mann hierher in die Bundesrepublik, 1975 bin ich im Rahmen der Familienzusammenführung nachgekommen. Nach fünf Jahren habe ich dann eine Arbeitserlaubnis erhalten. Ich habe dann angefangen in einer Baumschule zu arbeiten. Das war für mich eine sehr schwere Arbeit – Erde schleppen z.B. Ich habe da aufgehört und war sechs Monate arbeitslos. Ich habe mich in der Zeit sehr um Arbeit bemüht und habe durch die Vermittlung türkischer Freunde etwas gefunden, Putzarbeiten in einem Krankenhaus, aber die Firma beschäftigt nicht nur im Krankenhaus, sondern schickt uns überall dorthin, wo wir gebraucht werden. Ich arbeitete mit deutschen und anderen ausländischen Kolleginnen zusammen: Griechinnen, Italienerinnen, Jugoslawinen und auch viele Türkinnen.

„Ich habe auf der Arbeit mit vielen Ungerechtigkeiten zu tun.“

Ich habe auf der Arbeit mit vielen Ungerechtigkeiten von seiten des Arbeitgebers zu tun, und da habe ich sprachliche Probleme, um dagegen vorgehen zu können. Ein Beispiel ist, daß ich, obwohl ich eine bestimmte Stundenzahl ableiste, weniger Stunden ausgezahlt bekomme – im Monat werden zwölf Stunden, sogar bis zu 20 Stunden – gestrichen. Das wird gegenüber allen Kolleginnen praktiziert. Ein anderes Beispiel: Wir bekommen von der Firma Schecks, aber wenn wir zur Bank gehen heißt es, der Scheck ist noch nicht gedeckt, wir können nicht auszahlen, kommen Sie nächste Woche wieder.“ So bekommen wir unser Geld immer eine Woche später, als mit der Firma vereinbart.



„... wenn ich den ganzen Tag gearbeitet habe, nach Hause komme und noch arbeiten muß und kaum Zeit für die Kinder bleibt.“

Bei diesen Problemen ist die einzige Stelle, an die wir uns wenden können, die Gewerkschaft, aber in der Firma ist kaum jemand gewerkschaftlich organisiert, und so sind wir gezwungen, uns mit unseren Problemen an den Arbeitgeber zu wenden. Und da werden die Probleme dann nicht gelöst.

„Jetzt macht euch an die Arbeit!“

Um für solche Probleme Lösungen zu suchen, haben wir Kolleginnen uns zusammengesetzt und haben beschlossen, einen Streik durchzuführen. Wir müssen unsere Arbeit um sechs Uhr beginnen, das haben wir nicht getan; wir wollten die Eintragung des Auszahlungsdatums und die regelmäßige Bezahlung erreichen. Der Vorarbeiter hat uns dann aufgefordert: „Es ist jetzt viertel nach sechs, jetzt macht euch an die Arbeit!“ Eine italienische Kollegin, die gut deutsch spricht, hat in unserem Namen die Probleme dargestellt und unsere Forderung genannt. Daraufhin meinte der Vorarbeiter, daß wir uns gleich die Mäntel anziehen und nach Hause gehen könnten. Wir betonten, daß er nicht das Recht hat, uns nach Hause zu schicken. Wir wollten mit dem Chef sprechen, der war aber nicht dazu bereit. Er hat seinen Sohn geschickt, der hat unsere Forderungen aufgeschrieben. Nach diesem

Streik wurden dann zumindest die Auszahlungsdaten der Löhne eingetragen.

„... als ob ich schwarz arbeite“

Ich habe dann im Krankenhaus aufgehört und wurde in eine Küche arbeiten geschickt, habe später aber noch von einer Kollegin gehört, daß sie dort noch einmal gestreikt haben und, nach meinen Informationen, zwölf der streikenden Kolleginnen entlassen wurden.

Am neuen Arbeitsplatz gab es auch ein Problem. Mein Lohn sollte zum 15. ausgezahlt werden. Es war der 19. oder 20. und ich hatte meinen Lohn immer noch nicht. Ich habe den Chef angerufen, der war nicht da, und ich habe mit seiner Frau gesprochen. Ich habe sehr deutlich gesagt, daß ich das Geld dringend brauche. Daraufhin sagte die Frau, daß ich ja gehen könne, wenn es mir nicht passe, sie hätten genug Arbeiterinnen und Arbeiter.

Danach erhielt ich 801 DM ohne Abrechnung, als ob ich schwarz arbeiten würde. Im Krankenhaus hatte ich 8,34 DM bekommen. Als ich in der Küche begonnen habe, sollte ich 9,34 DM bekommen, sie haben aber nur 8,05 DM berechnet. Als ich nachgefragt habe, warum das so ist, hat man mir gesagt, daß eine Verwechslung vorliegt. Einmal habe ich dann wieder eine Woche im

Krankenhaus gearbeitet. Da war die Fahrerin krank. Ich habe für sie den Wagen gefahren und die Kolleginnen zum Krankenhaus gebracht. Der Chef hatte mir versprochen, mir eine Stunde mehr aufschreiben zu lassen. Das passierte dann auch nicht. Als ich fragte, warum, wurde mir gesagt, die Vorarbeiterin hätte es nicht angegeben.

„... wie ein Widder aus einer Schafherde.“

Bevor ich im Krankenhaus angefangen habe, war ich, wie gesagt, arbeitslos. Auch mein Mann war damals arbeitslos. Wir sind zusammen von Betrieb zu Betrieb gegangen. Uns wurde von einigen Firmen gesagt, man würde keine türkischen Arbeiter einstellen. In anderen Firmen wollte man uns nicht einstellen, angeblich aus sprachlichen Gründen. Wir haben ein erniedrigendes Gefühl beim Verhalten vieler Deutschen uns gegenüber. Wir wurden damals aus unseren Ländern geholt, weil wir gebraucht wurden und wir wurden ausgesucht wie ein Widder aus einer ganzen Schafherde; die ganz gesunden, die ganz fleißigen wurden hergeholt. Wir haben viel gearbeitet, jetzt wollen sie uns zurückschicken. Das ist kein gutes Verhalten. Wir haben es nicht verdient, daß wir erniedrigt werden, daß wir keine Rechte haben sollen. Um solche Gefühle und Probleme bei den deutschen Kollegen anzusprechen, fehlen uns die Sprachkenntnisse. Auch unter meinen deutschen Kolleginnen gibt es welche, die sich gegenüber mir und gegenüber allen Ausländern sehr negativ verhalten. Aber solch ein Verhalten zeigen in erster Linie die Arbeitgeber und die, die zu ihnen halten.

„Wie die Zukunft meiner Kinder wird, weiß ich nicht.“

Ich habe Probleme als Ausländerin und als Arbeiterin. Als Ausländerin werde ich schlecht behandelt, bin ich nicht gleichberechtigt mit den Deutschen. Es wäre sicherlich besser, wenn wir in einer guten Atmosphäre miteinander leben



würden; aber das ist noch ein Wunsch. Wir haben auch von uns aus Probleme, sprachliche z.B., und solche der Integration. Aber auch dies wird uns nicht leicht gemacht. Andererseits habe ich auch als Arbeiterin Probleme, davon habe ich ja schon erzählt, wenn ich den ganzen Tag gearbeitet habe, nach Hause komme und noch arbeiten muß und kaum Zeit für die Kinder bleibt.

Wie die Zukunft meiner Kinder aussehen wird, weiß ich nicht. Ich habe zwei Töchter und einen Jungen. Sie gehen alle drei in die deutsche Klasse, meine älteste Tochter ist im Gymnasium, meine jüngere Tochter geht in die dritte, mein Sohn in die vierte Grundschulklasse. Die Töchter haben gute Leistungen in der Schule, allerdings, mein Sohn hat Schwierigkeiten.

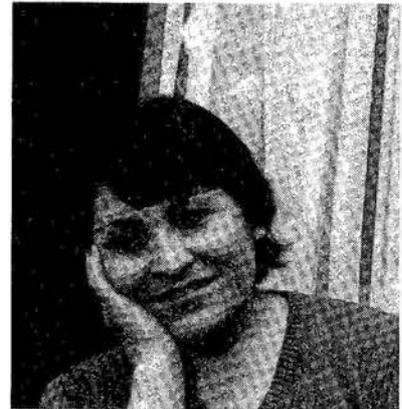
Auf dem letzten Elternabend wurde ich daraufhin ausgesprochen, daß man ihn in die Sonderschule schicken wird. Ich habe versucht zu erklären, daß er nicht zurückgeblieben ist, nur etwas faul. Wenn er mehr lernt, würde er es auch packen. Die Lehrer haben darauf bestanden, daß er in die Sonderschule kommt, wenn seine Leistungen so bleiben, und man sagte auch, ich könne gar nichts dagegen machen. Er würde von der Polizei zur Sonderschule gebracht werden. Ob das so stimmt, weiß ich nicht (das stimmt so nicht – Anm. d. Red.).

Wir können den Kindern auch nicht bei den Hausaufgaben helfen, wenn sie etwas nicht verstanden haben. Ich trete unbedingt dafür ein, daß meine Kinder weiter zur Schule gehen und einen Beruf erlernen. Ich habe selber erlebt, wie schwer es ist, ohne Beruf, als Hilfsarbeiterin zu arbeiten. Ich will, daß es meinen Kindern nicht einmal so geht, daß sie einen Beruf haben und bessere Arbeit.

„... einen Brief schreiben, wenn ihr Mann zur Armee muß.“

Ich komme aus einem Dorf bei Corum. Es ist eine ziemlich ärmliche Gegend. Bei uns gab es bis 1959 keine Schule und die ersten, die aus dem Dorf in eine Schule gegangen sind, das waren Leute in meinem Alter. Meine Eltern können weder lesen noch schreiben. Ich habe die Schule mit „gut“ absolviert, aber weiter zur Schule gehen konnte ich nicht, weil meine Eltern ziemlich arm waren und fünf Kinder hatten. Ich als älteste Tochter mußte zu Haus bleiben, auf meine Geschwister aufpassen und die Hausarbeit machen. Mein Vater hat gesagt: „Ja, sie soll soviel lesen und schreiben lernen, wie sie braucht, um einen Brief schreiben zu können, wenn ihr Mann zur Armee muß.“

Mit 14 Jahren habe ich mich mit mei-



nem jetzigen Mann verlobt. Allerdings meinte mein Schwiegervater, ich sei zu jung zum Heiraten und hat die Hochzeit hinausgezögert. Ich habe mit 17 geheiratet. Dann habe ich ein Jahr bei den Schwiegereltern gelebt. Mein erstes Kind, ein Junge, war drei Tage nach der Geburt sehr krank wegen Unterernährung. Traditionell ergreifen bei uns die Eltern die Initiative, zum Arzt zu gehen. Vielleicht wollten sie es nicht, oder vielleicht, weil sie damals gerade so viele Schulden hatten, konnten sie es nicht. Der Junge ist am neunten Tag unter großen Qualen gestorben.

„Unsere Kinder waren wie Waisen.“

Dann sind wir nach Ankara gefahren, weil der Boden unserer Schwiegereltern uns nicht ernährt hatte. Dort haben wir vier Jahre lange gearbeitet. Dann kam die Sache, daß mein Mann in die Bundesrepublik gehen konnte – 1972.

Meine ersten beiden Kinder habe ich in Ankara zur Welt gebracht. Meine jüngere Tochter mußte ich im Dorf gebären. Da gab es nichts, keine Ärzte, keine Hebamme. Wir hatten kein Geld, daß ich ins Krankenhaus hätte gehen können. Mein Schwiegervater hat dann seine einzige Kuh verkauft, den einzigen Besitz. Mit dem Geld konnte mein Mann die Formalitäten erledigen, um überhaupt in die Bundesrepublik zu kommen. Drei Tage nach der Entbindung meiner jüngsten Tochter war alles erledigt und er fuhr weg. Für die Kinder war es sehr schwer. Sie haben immer gefragt „Wo ist der Vater?“ und „Warum ist er weggefahren?“. Sobald die Tür aufging hofften sie, daß es der Vater wäre, und waren sehr traurig, wenn es ein Fremder war. Unsere Kinder waren, obwohl sie einen Vater hatten, wie Waisen, und wenn ein Brief vom Vater kam, hatten wir das Gefühl, als ob er persönlich da war. Nach dieser schwierigen Zeit bin ich auch hierher gekommen.

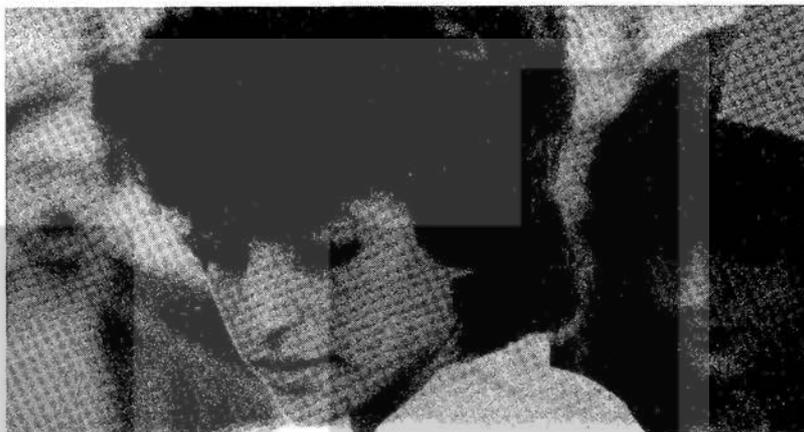
Ausländische Lehrer in NRW vor Entlassungswelle

Bildungssituation ausländischer Kinder weiter verschlechtert

Auf starken Widerstand bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW/NRW), wie auch bei den unmittelbar Betroffenen ausländischen Lehrern und Eltern, stößt der neuerliche Erlaßentwurf des Kultusministers Girgensohn, der die Beschulung ausländischer Schüler organisieren soll. Schon im Mai '81 formierte sich eine breite Front von ausländischen Lehrern der GEW und vor allem von türkischen Eltern gegen einen ersten Entwurf des Kultusministers. Auf heftige Kritik stieß auch das Vorhaben, ausländischen Kindern lediglich deutschen Unterricht durch deutsche Lehrer zu erteilen und ausländische Lehrer nicht mehr als Klassenlehrer, sondern im Rahmen eines flankierenden Ergänzungsunterrichts in der Muttersprache einzusetzen.

Im Wortlaut hieß es auf der GEW-Tagung „Unterricht in der Vorbereitungs-klasse“ vom 24. bis 27. September 1981 (in: „Neue deutsche Schule“, 1. Dezember 1981) „Der Erlaßentwurf reduziert die Vorbereitungsklassen – mit Ausnahme des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts in der Grundschule – auf deutschsprachigen Unterricht durch den deutschen Lehrer. Im übrigen wird die Bildung von Vorbereitungsklassen für Schüler, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, nicht mehr eindeutig vorgeschrieben. Unserer Erfahrung nach kann eine wirksame Vorbereitung der ausländischen Schüler auf die Regelklasse so nicht abgesichert werden. Bei der Vermittlung der deutschen Sprache muß die Muttersprache funktional im Unterricht eingesetzt werden können. Auch kann auf das Fach Muttersprache nicht verzichtet werden, da die komplexen Sprachfähigkeiten im Deutschen leichter vermittelt werden können, wenn sie vom Muttersprachenunterricht her vorbereitet sind. Außerdem erscheint uns die Bestimmung, daß in Vorbereitungsklassen in jedem Fall deutsche Lehrer Klassenlehrer sein sollen, unsinnig, da auf diese Weise in vielen Fällen eine sinnvolle Elternarbeit nicht mehr möglich sein wird.“

Ferner sollen ausschließlich für ausländische Kinder bestimmte Regelklassen gebildet werden: „Der Erlaß sieht in Punkt (1.5) erstmalig die Bildung sogenannter



Jugendliche aus der Türkei – immer noch ohne Zukunft

annter ‚Regelklassen, die ausschließlich von ausländischen Schülern besucht werden‘ vor. Wir halten die Bildung solcher Klassen für rechtswidrig und für einen offenen Verzicht auf Integration. Wenn diese Form der Dauersegregation zugelassen wird, verstärkt das zugleich ausländerfeindliche Tendenzen in der deutschen Elternschaft.

Der Erlaß sollte im Gegenteil feststellen, daß die Staatsangehörigkeit nicht zum Gesichtspunkt der Klassenbildung gemacht werden darf. In Fällen, wo Ausländerkonzentrationen dadurch entstehen, daß Konfessionsschulen sich weigern, ausländische Schüler aufzunehmen, haben solche Schulen ihre Existenzberechtigung verloren.“ Gleichzeitig wurde der Stellenwert des Muttersprachenunterrichts herabgesetzt:

„Auch die ausländischen Schüler in Regelklassen haben ein Anrecht auf Entwicklung ihrer Muttersprache. Integration darf nicht zur Zwangsgermanisierung verkommen, da sonst die Diskriminierung der ausländischen Familien und intellektuelle und emotionale Schädigungen der ausländischen Schüler nicht vermieden werden können. Es befremdet uns daher, daß die Mindestzahl der Teilnehmer am muttersprachlichen Ergänzungsunterricht auf 20 heraufgesetzt werden soll. Die Note für diesen Unterricht wird jetzt völlig wertlos dadurch, daß sie nicht einmal mehr in der Hauptschule als Ersatz für die Englischnote herangezogen werden kann, wo keine Englischunterricht erteilt worden ist.

Im Gegensatz hierzu müßte der Erlaß die Bestimmung enthalten, daß ein Muttersprachenunterricht mit fünf Wochenstunden zum zusätzlichen Pflichtfach mit Versetzungsrelevanz für alle ausländischen Schüler von Regelklassen wird. Dieser Unterricht darf keinesfalls in Konkurrenz zu anderen Teilen des Pflichtunterrichts gesetzt werden.“ Nicht zuletzt bemängelte die Tagung die fehlenden Maßnahmen zur Förderung ausländischer Schüler:

„Der Punkt (6) des Erlaßentwurfs macht deutlich, daß – trotz aller gegenteiligen Andeutungen – der Förderunterricht für ausländische Schüler von Regelklassen nicht über den Rahmen der in der Studententafel ausgewiesenen Förderstunden hinausgehen wird. Das bedeutet, daß häufig überhaupt kein spezifischer Förderunterricht für ausländische Kinder zustande kommen wird.

Der Punkt (1.2) läßt außerdem die Gefahr erkennen, daß sprachlich nicht oder unzureichend vorbereitete Schüler zwar formal in Regelklassen aufgenommen werden, dann aber unsystematisch in einen Teil der Stunden für deutschen Sprachunterricht herausdifferenziert werden. Dadurch wird sowohl der Lernprozeß dieser Schüler als auch der Unterricht in der betroffenen Klasse desorganisiert.“

Aufgrund dieses öffentlichen Druckes sah sich das Kultusministerium gezwungen, einen neuen Erlaßentwurf auszuarbeiten, bei dem aber bis auf geringfügige Abweichungen in einigen Formulierungen keine prinzipiellen und weg-

weisenden Änderungen zu verzeichnen sind. Der neue Entwurf bietet ausländischen Lehrern neben muttersprachlichem Ergänzungsunterricht (freiwilliges Angebot) weitere Einsatzmöglichkeiten. Rechtliche Ansprüche können hieraus jedoch nicht abgeleitet werden. So „können“ ausländische Lehrer z. B. in den Fächern Religion und Förderunterricht Vorbereitungsklassen der Grundschule sowie bis zu fünf Stunden in den verschiedenen Fächern der Vorbereitungsklassen der Sekundarstufe I eingesetzt werden.

Läßt man die Zahlen sprechen, werden die Auswirkungen des Erlaßentwurfs auf die Situation der ausländischen Lehrer noch offensichtlicher: Waren für ausländische Lehrer in den Stundentafeln der Klassen 1 bis 10 insgesamt 106 Pflichtstunden ausgewiesen, so besteht laut Erlaßentwurf eine Bandbreite von 0 bis 89 Stunden. Würde man durchschnittlich 45 Stunden veranschlagen, hieße das, daß man 60 Prozent der ausländischen Lehrer entlassen müßte.

Erste Schritte zur Entfernung der ausländischen Lehrer aus dem Dienstverhältnis bilden die Auflagen, die in Form von Sprachklauseln gestellt wurden: In



Die Bildung von Nationalklassen ist ein offener Verzicht auf Integration

kürzester Zeit werden gute deutsche Sprachkenntnisse vorausgesetzt, ohne daß adäquate Fortbildungsmaßnahmen organisiert werden.

Der Entlaßentwurf bietet Lehrern wie Eltern genug Angriffsflächen. Inzwischen sind in einigen Städten Elterninitiativen, insbesondere türkischer Eltern, entstanden. Die Initiativen haben

große Veranstaltungen und Unterschriftenaktionen durchgeführt. Erfreulicherweise orientieren sie sich an den Forderungen der GEW.

Die Auseinandersetzung wird weitergehen, diesmal jedoch, wie es scheint, nicht ohne die Stimmen der Betroffenen – nicht mehr über den Kopf von Eltern und Lehrern hinweg. ●

GEW-Bundesfachtagung in Frankfurt

Pädagogische Konzepte durch Ausländerpolitik in Frage gestellt

Rechtsunsicherheit und Schutzlosigkeit der ausländischen Familien und wachsende Ausländerfeindlichkeit überlagerten die Diskussionen, die auf der GEW-Bundesfachtagung vom 5. bis 7. März 1982 zum Thema „Bildungschancen für Ausländerkinder – Ausländische Jugendliche im deutschen Bildungssystem“ stattfand.

Etwa 300 Lehrer, Beauftragte der GEW und anderer DGB-Gewerkschaften sowie Politiker und Vertreter von Arbeitgeberorganisationen, fanden sich in Frankfurt ein, um Konzeptionen und Lösungsstrategien zu diskutieren und zu suchen. Der GEW-Vorsitzende Wunder betonte in seinem Eröffnungsreferat Zweifel an der Vereinbarkeit von Ansprüchen im Grundgesetz mit der derzeitigen Ausländerpolitik. Auch in

den Arbeitsgruppen stießen die Teilnehmer ständig auf das Problem, daß ihre schulischen und berufsschulischen Konzepte für eine Eingliederung der ausländischen Kinder in Schule und Beruf durch die rechtlichen Verunsicherungen der Familien ständig in Frage gestellt werden. Einstimmig verabschiedet wurde auf der Tagung eine Resolution, die dies zum Ausdruck brachte:

Integration wird der Boden entzogen

„Die Teilnehmer der Bundesfachtagung der GEW ‚Bildungschancen für ausländische Kinder‘ haben mit äußerster Bestürzung und Empörung den

neuesten Ministerpräsidentenbeschuß vom 5. März 1982 zur weiteren Verschärfung der Ausländerpolitik zur Kenntnis nehmen müssen.

Als Fachleute, die sich im pädagogischen Bereich um die Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher bemühen, fordern wir mit größtem Nachdruck die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte auch für Ausländer: vor allem Ehe und Familie müssen verfassungsmäßig geschützt werden. Die derzeitige Politik schafft für ausländische Mitbürger einen Zustand totaler Rechtsunsicherheit und Perspektivlosigkeit der Lebensplanung. Damit ist allen Integrationsbemühungen im pädagogischen Bereich der Boden entzogen, sie sind zum Scheitern verurteilt. Wir fordern die Ministerpräsidenten der Länder und die Bundesregierung

auf, sich gemäß ihrem Eid für eine Ausländerpolitik auf dem Boden des Grundgesetzes einzusetzen.“

Bezogen auf die Bildungssituation betonte Wunder einleitend, daß 50000 Lehrer im Schul- und Berufsschulbereich zusätzlich nötig sind, um den ausländischen Kindern die gleichen Bildungschancen einzuräumen wie den deutschen. Lieselotte Funcke, die „Bundesbeauftragte zu Ausländerfragen“, war zwar angekündigt, nahm aber an der Veranstaltung nicht teil und ließ statt dessen ein Referat verteilen, in dem sie dem Konzept einer interkulturellen Erziehung den Vorrang in der Schule einräumte. Der Schule käme die wichtigste Bedeutung bei der Integration der Ausländer zu.

Bei Ausländern zu Gast

Im Anschluß an die Eröffnung war im Programm der Fachtagung vorgesehen, verschiedene ausländische Vereine in Frankfurt zu besuchen. Dort stellten die Vereine ihre Sichtweise der Probleme kurz dar und erläuterten, welche Aktivitäten sie unternehmen. In einigen Vereinen wurde auch noch gemeinsam mit den deutschen Lehrern gesungen und getanzt. Wie fast alle Teilnehmer bemerkten, wurde dieser Programmpunkt als besonders gelungen bezeichnet.

„Herbeigeredete Ausländerfeindlichkeit“

Die Arbeitsgruppen am Samstag befaßten sich mit der vorschulischen Erziehung, dem Besuch der Regelklassen,



den Problemen des muttersprachlichen und des Deutschunterrichts, dem berufsbildenden Bereich sowie den Problemen der Aus- und Fortbildung des ausländischen und des deutschen Fachpersonals. Am Sonntag vormittag wurden drei Foren unter dem Oberbegriff „Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland – eine gesellschaftliche Herausforderung“ – durchgeführt.

Frank von Auer, im Hauptvorstand der GEW, warf in einer abschließenden Pressekonferenz den Politikern eine bewußt herbeigeredete Ausländerfeindlichkeit vor. Er belegte dies mit Zahlen aus einer Infas-Umfrage, die bisher unter Verschuß gehalten wird, und aus der hervorgeht, daß die Zahl der einheimischen Befürworter der „Rückkehrwilligkeit von Ausländern“ im Dezember 1981 (66 Prozent) höher war als noch im August (53 Prozent); die Zahl der Befürworter von Integra-

tion war dagegen niedriger: 27 Prozent im August, und nur noch 11 Prozent im Dezember. Allerdings seien auch dazu widersprüchliche Aussagen zu finden: So sprachen sich 68 Prozent der Befragten für gemeinsame Erziehung in der Schule aus, ebensoviele bejahten auch den Anspruch von Ausländern auf Sozialleistungen.

Resolution

Die Teilnehmer der GEW-Bundesfachtagung „Bildungschancen für Ausländerkinder“ vom 5. bis 7. März 1982 protestieren gegen die Verhaftung von Mitgliedern des Friedenskomitees der Türkei, unter denen sich zahlreiche Verteidiger der 52 angeklagten DISK-Funktionäre befinden.

Wegen selbstverständlicher gewerkschaftlicher Tätigkeiten werden DISK-Kollegen mit der Todesstrafe bedroht und wurden TÖB-DER-Kollegen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Tatsache, daß die Gewerkschafter der Türkei nicht nur ungerechtfertigterweise vor Gericht stehen, sondern ihnen jetzt auch noch jegliche Mittel der Verteidigung genommen werden, sollten der Bundesregierung endlich Anlaß sein, die Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei einzustellen.

Wir fordern die sofortige Freilassung für die Mitglieder des Friedenskomitees der Türkei, die sofortige Freilassung der Kollegen von DISK und TÖB-DER.

Die Teilnehmer fordern den Hauptvorstand der GEW auf, dieses Schreiben an die Bundesregierung weiterzuleiten.

(Ohne Gegenstimme angenommen.)



Eine potentielle Gefahr in jedem, der liest, schreibt oder malt?

Künstler für den Frieden

Die Junta hat in der Nacht zum 25. Februar die führenden Mitglieder des Friedenskomitees der Türkei verhaften lassen. Unter ihnen befinden sich auch drei Künstler: Ali Taygun, Vorsitzender des Kulturausschusses des Friedenskomitees und ein Regisseur, der an dem Staatlichen Theater und an der Staatlichen Oper in Ankara und an dem Städtischen Theater in Istanbul tätig gewesen ist; Orhan Taylan, Kunstmaler und ehemaliger Vorsitzender des Vereins der Bildenden Künste; und Ataol Behramoglu, Lyriker und Vorsitzender der Schriftstellergewerkschaft der Türkei.

Das ist nicht der erste Angriff der Junta auf die Kulturschaffenden der Türkei. Schon 1980, gleich nach der Machtübernahme im September, verbot die Junta die seit 1978 erscheinende, fortschrittliche Zeitschrift für Kunst und Kultur „Sanat Emegi“ (Kunstarbeit). In den Artikeln, die in dieser Zeitschrift erschienen sind, brachten die jetzt verhafteten Künstler ihre Verbundenheit mit der Friedensbewegung zum Ausdruck.



Behramoglu mit dem griechischen Dichter Ritsos

Tatsache ist, daß traditionsgemäß fast jeder bedeutende Kulturschaffende in der Türkei sich zum sozialen Fortschritt und zum Frieden bekennt. Daß das auch den Herrschenden klar ist und daß sie in jedem, der liest, schreibt oder malt, eine potentielle Gefahr sehen, geht aus den autobiographischen Schriften der Intellektuellen und Künstler in der Türkei hervor, die ihr Leben lang polizeiliche Schikanen und Verfolgungen erdulden mußten. Die tragikomischen Beispiele dieser Verfolgung in der jüngeren türki-

schen Geschichte und ihre Widerspiegelung als Thema in der türkischen Belletristik ist eine eigene Studie wert.

Durch diesen neuen und viel aggressiveren Angriff bekennt die Junta, zu einem Zeitpunkt der eskalierenden Kriegsgefahr, Farbe und nimmt damit in Kauf, daß sie in Europa, wo die Friedensbewegung an Stärke und Popularität gewinnt und wo eine derartige Aggression gegen Künstler nicht die geringste Zustimmung finden kann, mehr isoliert sein wird als sie jetzt schon ist. Wofür zahlt sie diesen Preis?

In einem der letzten Hefte der Zeitschrift „Sanat Emegi“ (30/August 1980) erschien ein von dem Kulturausschuß des Friedenskomitees unterzeichneter Appell an die Kulturschaffenden der Türkei. Darin stand, daß gerade sie, die Kulturschaffenden der Türkei, da sie in einem der wichtigsten Brennpunkte der Spannung in der Welt leben, die Pflicht haben, gegen die Herrschaft des Todes und für den Frieden ihre Stimme zu erheben und das Leben zu verteidigen.

O. Taylan: Freundschaft, Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten und im Balkan

In einem Artikel anlässlich des 30. Jah-



Ein gewöhnliches Ereignis

restages des Pariser Manifests schrieb Orhan Taylan im April 1979 (Sanat Emegi, 15/1979): „Vor dreißig Jahren haben die Kulturschaffenden aus 72 Ländern ihren Glauben an die Möglichkeit eines bleibenden Friedens bekundet. Heute stehen vor den Kulturschaffenden unseres Landes, die für den Frieden sind, der Weg und die Ehre, im Nahen Osten und im Balkan die Freundschaft, Sicherheit und Zusammenarbeit zu verwirklichen und aus diesem wichtigsten Gebiet der Welt den von allen Menschen erwarteten Beitrag zum Weltfrieden zu leisten.“

Ali Taygun: Die Türkei, eine der stärksten Friedensbewegungen in Europa

1978 nahm Ali Taygun als Delegierter aus der Türkei an der Internationalen Konferenz der Intellektuellen für den Frieden in Wroclaw anlässlich des 30. Jahrestages des Wroclauer Friedentreffens, teil und sagte: „Das Friedenskomitee der Türkei ist jung, aber wir wagen zu sagen, daß die Friedensbewegung in der Türkei eine der stärksten in Europa ist.“ (Sanat Emegi, 10/1978)

Ein Grund dafür, daß die Junta auch noch die letzte Unterstützung aus Europa riskiert, ist also die Tatsache, daß die Türkei strategisch eine der wichtigsten Gebiete der Welt ist, und daß die Herrschenden sich in diesem Gebiet keine starke Friedensbewegung leisten können.

Die Junta hat die Mitglieder des Friedenskomitees und darunter auch die Künstler im Zusammenhang mit dem DISK-Prozeß verhaftet. Durch die Festnahme von den Vertretern der verschiedenen Organisationen möchte sie erreichen, daß die öffentliche Meinung überhaupt nicht mehr zum Ausdruck kommen kann, daß der Widerstand gegen die neuen, reaktionären Gesetzentwürfe rechtzeitig eliminiert wird und daß der Schein eines vorgetäuschten Friedens im Lande erhalten bleibt. Hat sie aber in dieser Operation Erfolg, so ist es sicher, daß nach dem Friedenskomitee andere demokratische Organisationen an die Reihe kommen.

SAN-DER: Solidarität mit Künstlern in der Türkei

Die Solidarität mit den Künstlern und mit dem Friedenskomitee ist deswegen nicht nur aus der Sicht der Gegenwart, sondern auch der Zukunft äußerst wichtig. Die Stärke dieser Solidarität in Europa wird die weitere Entwicklung in der Türkei wesentlich beeinflussen. Begrüßenswert und beispielhaft ist deswegen die Solidaritätserklärung des NRW-Künstlerversins SAN-DER anlässlich der neuen Verhaftungen, in der die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei, die sofortige Zulassung aller demokratischen Institutionen im ganzen Land, die Beachtung der Menschenrechte und Freiheit für Kunst und Wissenschaft gefordert wird.

Ausstellungen

Hanefi Yeter

Galerie F. Françoise Friedrich, Ubiering 35, 5000 Köln 1

Vom 10. März bis zum 30. April 1982

„An der Nahtstelle zwischen der türkischen und deutschen Kultur hat er sich, indem er sich konsequent an die Seite seiner geschundenen Landsleute stellt, selbst ein Teil des türkischen Arbeitervolks in der Fremde ist, ihre Interessen reflektiert, ihren Bedürfnissen, Erlebnissen und Ängsten Ausdruck verleiht,



Schließt enger die Reihen, Kinder

in Verarbeitung der Erkenntnisse der europäischen Malerei und der türkischen Formsprache eine Welt eröffnet, eine eigene Sprache entwickelt, die ihm erlaubt, sowohl mit seinen Landsleuten als auch mit uns Mitteleuropäern und, wie man sehen wird, auch mit der Welt zu kommunizieren.

Hanefi Yeter ist ein selbständiger Künstler. Eingebunden in die Solidarität seiner Landsleute. Ein Baum im Walde, den man sieht.“

Dieter Ruckhaberle

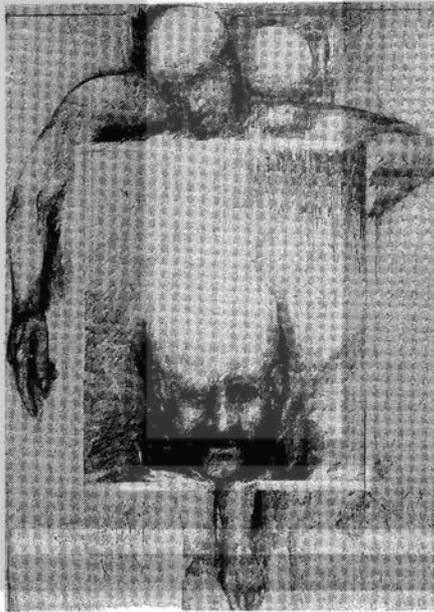
Ismail Coban

Hanau, Galerie Hild

Am 28. Februar ausgelassen

„Ich mache nicht Kunst um Kunstwillen. Ich mache Kunst für Menschen!“

Viele seiner Themen stammen aus dem Alltag seines Heimatlandes und seiner Landsleute in der Bundesrepublik. Ismail Coban interessiert die Not, die die



Aus dem Zyklus „Fegefeuer“ zum „Epos von Scheich Bedreddin“

Menschen dazu zwingt, die Heimat zu verlassen und in einem fremden Land, in einem fremden Kulturkreis das tägliche Brot zu verdienen; ihn beschäftigt die damit verbundene Trennung von Familien und Freunden, das dadurch entstandene Leid. Die Kunst Cobans ist ein Mittel, für mehr Gleichberechtigung unter den Völkern und für eine humanere Welt zu kämpfen.

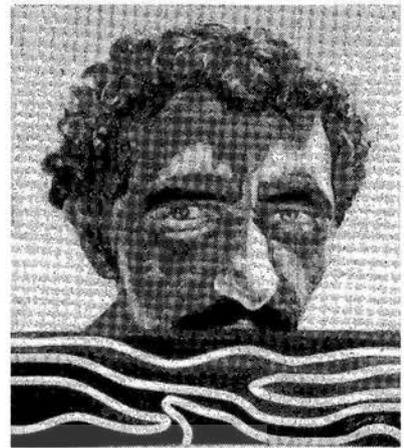
Ihsan Ece

Hamborner Kulturzentrum

Vom 2. März bis zum 2. April 1982

Ece: „Isolation und Einsamkeit sind die durchgängigen Themen meiner Bilder.“

In der Ausstellung werden unter dem Titel „Menschenlandschaften in der Fremde“ 34 Exponate des seit 1970 in der BRD lebenden Künstlers repräsentiert. Der Titel hat für den 32-jährigen Türken eine doppelte Wendung: Menschenlandschaften einmal deshalb, weil für ihn das menschliche Gesicht



Selbstbildnis

eine Landschaft ist, in der man etwas lesen kann.

Zum anderen baut Ece seine „Menschenbilder“ häufig nach den Prinzipien der Landschaftsmalerei auf. „... in der Fremde“ bedeutet für den Absolventen der Kunstakademie Düsseldorf nicht nur eine Situation, in der man nicht zu Hause ist, sondern vielmehr eine allgemeine Entfremdung unter den Mitmenschen. Ece: „Isolation und Einsamkeit sind die durchgängigen Themen meiner Bilder. Dabei stellt sich das ‚Ausländersein‘ nur als Facette dieses Problemkreises dar.“

Musikveranstaltungen

„Aber es kamen Menschen“

Lieder und Gedichte aus der Türkei

Mit Renan Demirkan, Tahsin Incirci

Instrumentalgruppe Westberliner

Freunde, Songgruppe des Türkischen Arbeiterchors aus Westberlin

Nürnberg, Schauspielhaus, Kammer-spiele

Am 20. 3., 14. 4. und 24. 4., um 19.30 Uhr

Veranstaltungen des NRW-Kulturvereins SAN-DER

Friedrich-Ebert-Str. 37

4300 Essen

31. 1. 1982

„Soziale Themen in der zeitgenössischen türkischen Dichtung“

12. 2. 1982

„Der Roman in der Türkei“

Gesprächsrunde mit dem türkischen Schriftsteller Necati Tosuner

6. 3. 1982

„Die Fragen des Romans und der Kurzgeschichte in der Türkei“

Gesprächsrunde und Autorenlesung mit dem türkischen Schriftsteller Yusuf Ziya Bahadinli

MEIN LEBENSLAUF

1902 bin ich geboren;
in meine Geburtsstadt kam ich nie wieder,
ich kehre nicht gerne um;
als Dreijähriger
lebte ich in Aleppo, bei meinem Großvater, einem Pascha;
mit 19 Jahren
habe ich in Moskau an der Kommunistischen Universität
studiert;
30 Jahre später
war ich in Moskau als Gast des ZK der Partei;
seit meinem 14. Lebensjahr schreibe ich Verse;
manche Menschen kennen die Arten der Gräser
oder der Fische,
ich kenne die Arten der Einsamkeit;
manche wissen die Namen der Sterne,
ich weiß die Namen der Sehnsucht;
ich war in Kerkern und Grand-Hotels,
ich hungerte oft, machte auch Hungerstreik
und lernte manche Speisen nicht kennen;
mit 30 sollte ich hängen;
mit 48 sollte ich den Friedenspreis bekommen
und bekam ihn auch;
mit 36 legte ich in einem halben Jahr 4 Quadratmeter
Beton zurück;
mit 59 flog ich in 18 Stunden von Prag nach Havanna;
Lenin habe ich nicht mehr erlebt,
doch ich hielt Wache an seiner Bahre 1924;
1961 waren seine Bücher das Ehrenmal, das ich besuchte;
man wollte mich trennen von meiner Partei,
es ist nicht gelungen;
die stürzenden Götzen konnten mich nicht zerschmettern;
1951 fuhr ich mit einem jungen Freund
dem Tod auf dem Meer entgegen;
1952 lag ich 4 Monate lang mit einem Herzriß
regungslos auf dem Rücken und wartete auf den Tod,
wenn ich liebte, war ich sehr eifersüchtig,
doch Charlot habe ich nie beneidet;

die ich liebte, betrog ich auch,
aber nie hab ich Freunde hinterrücks schlechtgemacht;
ich trank, ohne Trinker zu werden,
und bin stolz, daß ich mein Brot
immer im Schweiß meines Angesichts
verdienen mußte;
ich schämte mich oft für andre
und log, um andre nicht zu verletzen,
doch log ich nie ohne Grund;
ich reiste im Zug, im Auto, im Flugzeug
wie viele können das nie;
ich war in der Oper
wie viele können nie in die Oper gehen
und kennen sie nicht einmal dem Namen nach;
was viele schätzen,
hab ich gemieden seit meinem 21. Lebensjahr:
Moscheen, Kirchen und Tempel, Synagogen und Zauberer,
doch hin und wieder ließ auch ich mir den Kaffeesatz deuten;
meine Bücher erscheinen in 30 bis 40 Sprachen,
nur in meiner Türkei, in meiner Muttersprache,
sind sie verboten;
an Krebs erkrankte ich bisher nicht,
doch sicher davor ist man nie;
ich habe keinerlei Aussicht,
Minister und dergleichen zu werden,
es liegt mir auch nichts daran;
ich war nicht im Krieg
und mußte nie in die Luftschutzkeller um Mitternacht
flüchten
und wurde auch nicht von Stukas auf der Flucht beschossen;
doch mit fast 60 Jahren habe ich mich verliebt ...
kurzum, Genossen,
sollte ich heute, hier in Berlin, vor Kummer zugrunde gehen,
könnte ich sagen:
Ich habe menschlich gelebt auf dieser unserer Erde,
und wer weiß,
wie lang ich noch lebe
und was ich noch alles erleben werde.

NAZIM HIKMET

TÜJSTAY
80
JAHRE



TÜRKEI
INFORMATIONEN